KBW-Kampagne gegen Polizei und Bundeswehr: Der Klassencharakter von Armee und Polizei wird vertuscht Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 29 vom 22. Juli 1977 | 11. Jahrgang | 50 Pfennig

Carter droht mit neuer Atomwaffe

Weg mit der Neutronenbombe!

Der amerikanische Präsident Carter hat seine Zustimmung zum Bau der Neutronenbombe gegeben. Das gesamte westliche Kriegsbündnis, die NATO, soll jetzt mit dieser neuen Vernichtungswaffe ausgerüstet werden. Für die Bundesrepublik heißt das: Neben den 700 „herkömmlichen" Atomsprengköpfen, die jetzt schon, von den amerikanischen Besatzern unter Verschluß gehalten, in unserem Land lagern, sollen Tausende weitere Atomwaffen eingebunkert werden. Zu unserem Schutz, wie die Herren in Washington und Bonn behaupten? Nein, für den Raubkrieg der amerikanischen Milliardäre und ihrer westdeutschen Kumpane, der Krupp, Flick und Thyssen!

Die westlichen Imperialisten und ihre Strategen in den Stäben der NATO zeigen sich begeistert über die neue Bombe. Ja, sie preisen sie sogar als eine „saubere Atomwaffe" an. Sauber — damit meinen sie, daß die Neutronenbombe im Gegensatz zu den „herkömmlichen" Atombomben fast keine Zerstörungen anrichtet. Sie bewirkt nur eines: im weiten Umkreis wird jedes Leben vernichtet. Die Neutronenstrahlung schädigt das zentrale Nervensystem der davon Betroffenen dermaßen, daß sie die Kontrolle über ihre Muskulatur verlieren und innerhalb eines Zeitraums von wenigen Stunden bis zu mehreren Wochen zugrundegehen.

In ihrem Angriffskrieg gegen das Volk von Vietnam haben die amerikanischen Imperialisten die Reisfelder verseucht, den Wald entlaubt. Aber was sie jetzt mit ihrer Neutronenbombe planen, heißt, ganze Landstriche buchstäblich zu entvölkern. Denn, über einer größeren Stadt gezündet, würde diese Bombe die Fabriken, Maschinen, Verkehrswege unversehrt lassen, die Menschen aber in den Fabriken, auf den Straßen, in den Häusern wären tödlich verseucht.

„So etwas ist doch heller Wahnsinn!" Das wird bei vielen Werktätigen die erste Reaktion auf Carters Neutronenbombe gewesen sein. Aber der Plan zur Entwicklung dieser Bombe entspringt nicht dem Hirn eines Verrückten, sondern der eiskalten, menschenverachtenden Logik der Imperialisten. Was sie antreibt, ist die Gier nach Höchstprofiten. Und in dieser Gier kennen sie keine Grenzen. Sie beuten nicht nur die Arbeiterklasse des eigenen Landes bis aufs Blut aus. Sie strecken ihre Klauen auch nach anderen Ländern aus, um deren Reichtümer auszuplündern, um ihr Kapital dort anzulegen und noch mehr Werktätige für sich schuften zu lassen.

Aber in ihrem Drang, sich immer weiter auszubreiten, immer größere Teile der Welt ihrer Herrschaft zu unterwerfen, stoßen sie unvermeidlich auf andere imperialistische Räuber, die ebenfalls auf der Jagd nach Höchstprofiten sind. Heute sind es vor allem die amerikanischen Imperialisten und die russischen Sozialimperialisten, die ihre Klauen nach der ganzen Welt ausstrecken. Ob im Nahen Osten, ob in Afrika, immer häufiger geraten sie aneinander. Diese Rivalität zwischen ihnen, der Kampf um Rohstoffe, Märkte und Einflußgebiete, das Ringen um den größten Teil der Beute, ja um die Herrschaft über die ganze Welt kann letzten Endes nur gewaltsam, mit dem Mittel des imperialistischen Kriegs entschieden werden.

Und genau das ist der Grund dafür, daß sie bis an die Zähne aufrüsten, immer neue Waffensysteme entwickeln. Gerade die Neutronenbombe zeigt ja, worum es den amerikanischen Imperialisten bei ihren Kriegsvorbereitungen geht. Nicht für Freiheit und Menschenrechte wollen sie ins Feld ziehen, auch für den Prediger Carter ist der Profit der einzige Gott. Das Kapital, die Industrieanlagen wollen sie erobern, und deshalb sollen sie unversehrt bleiben. Die Menschen interessieren sie nur als Lohnsklaven oder als Kanonenfutter, das sie auf den Schlachtfeldern ihrer Raubkriege einsetzen können.

Für die Profite der Milliardäre über die Leichen der Werktätigen. Das ist der wahre Inhalt von Carters „neuer Außenpolitik". Sie ist genauso ein Betrugsmanöver der Wallstreet-Monopole wie damals die „neue Ära" des Präsidenten Kennedy, die in Wirklichkeit die Aggression

Fortsetzung auf Seite 2



Schon im zweiten Weltkrieg setzten die amerikanischen Imperialisten ihre Bomben vor allem gegen die Arbeiterviertel und die Zivilbevölkerung ein. Dresden wurde von ihnen vollständig zerstört.

Jugendarbeitslosigkeit wächst

Lehrlingslöhne sollen eingefroren werden

In diesen Wochen verläßt der erste sogenannte „geburtenstarke Jahrgang" von Jugendlichen die Hauptschulen. Mindestens ein Viertel von ihnen wird keine Lehrstelle bekommen. Tausende werden von Anfang an arbeitslos sein, sie werden noch nicht einmal eine Unterstützung vom Arbeitsamt erhalten, also ohne jedes Einkommen dastehen. Die Kapitalisten der Metallindustrie nehmen diese Lage zum Anlaß, dem DGB-Apparat ein sogenanntes „Stillhalteabkommen bei den Ausbildungsvergütungen" vorzuschlagen. Das heißt also, sie wollen die Lehrlingslöhne einfrieren. Begründung: durch höhere Bezahlung der Lehrlinge würde die Bereitschaft der Industrie, Lehrlinge einzustellen, geschwächt.

Das ist nicht nur eine unverschämte Provokation. Es ist zugleich auch der schamlose Versuch, die Arbeiterjugend zu spalten nach dem Motto: „Wenn ihr Lehrlinge mehr Geld fordert, gefährdet ihr die Lehrstellen für die Schulabgänger." Aber die Arbeiterjugend läßt sich von solcher erpresserischer Ausbeuterlogik nicht ins Bockshorn jagen. Das ist doch der gleiche Trick, der auch hinter dem Geschrei steckt, die Arbeiter müßten „wirtschaftliche Vernunft" zeigen und auf „überzogene" Lohnforderungen verzichten (sprich: einen Abbau der Reallöhne akzeptieren), weil sie sonst „die Wirtschaft schädigen" und den Abbau der Arbeitslosigkeit verhindern würden. In Wirklichkeit ist es doch die Profitgier der Kapitalisten und das ganze Ausbeutersystem, das hinter ihnen steht, wodurch die Arbeitslosigkeit verursacht und immer mehr verschärft wird. Wer vernichtet denn Arbeitsplätze, um die Lohnkosten zu drücken und dadurch noch mehr Profit zu scheffeln?

Gegen die Angriffe der Kapitalisten auf die Löhne der Arbeiter, der kleinen Angestellten und der Lehrlinge müssen alle Kollegen, Jung und Alt, deutsche und ausländische Kollegen, Arbeiter und untere Angestellte, sich gemeinsam entschieden wehren. Umgekehrt ist auch der gemeinsame Kampf der ganzen Arbeiter-

Fortsetzung auf Seite 4

Klöcknerbelegschaft demonstriert gegen Entlassungen

'Wer der Mitbestimmung traut, hat auf Sand gebaut'

Am Dienstag der vergangenen Woche demonstrierten in Bremen rund 2.000 Belegschaftsmitglieder der Klöckner-Hütte gegen die angekündigte Entlassung von 500 Kollegen. Der Demonstration vorausgegangen waren zwei außerordentliche Belegschaftsversammlungen (für die verschiedenen Schichten). Auf diesen Versammlungen wurde besonders der Arbeitsdirektor und IGM-Bonze Karl Sporbeck mit Pfiffen und Buhrufen bedacht. Dieser saubere Mitbestimmungsvertreter, früher Betriebsrat, hat sich den besonderen Haß der Belegschaft zugezogen, denn er gehört mit zu den aktivsten Betreibern der Entlassungen.

„Die Mitbestimmung kann Entlassungen nicht verhindern, sie kann nur Härten mildern." So versuchte Sporbeck sich gegenüber den empörten Kollegen herauszuwinden. Was er verschweigt, ist, daß die Mitbestimmung in erster Linie nur eine „Härte mildern" soll: die Härte des Kampfes und Widerstands der Arbeiter und kleinen Angestellten.

Als die Demonstration begann, sammelten sich revolutionäre Kollegen und Genossen unserer Partei um ein Transparent, das folgende Aufschrift trug:

„Wer der Mitbestimmung traut, hat auf Sand gebaut!"

In der revolutionären Gruppe wurde auch ein Megaphon mitgeführt, durch das die genannte Parole gegen die Mitbestimmung und andere kämpferische Parolen gerufen wurden. Zum Beispiel:

— Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz — keiner Entlassung darf zugestimmt werden!

— Alle Räder stehen still, wenn unser starker Arm es will!

— Arbeiter und Angestellte — eine Kampffront!

— Traue nie einer Klöckner-Garantie!

Viele Kollegen riefen diese Parolen mit. Revisionistische Betriebsräte und Vertrauensleute kamen angerannt und drohten und jammerten: die Parole auf dem Transparent sei auf der Vertrauensleutevollversammlung nicht beschlossen worden (Betriebsrat und Vertrauensleutekörper werden hauptsächlich von den D„K"P-Revisionisten beherrscht). Allerdings wagten die Revisionisten es nicht, das Transparent herunterzureißen. Hingegen hatten sie zu Begin der Demonstration zwei Transparente für den Siebenstundentag völlig zerstört. Diese Transparente waren von einer Gruppe unter Führung des KBW getragen worden.

Mit ihren Attacken versuchen die Revisionisten zu verhindern, daß die Kollegen sich konsequent gegen die Entlassungen wehren, daß sie sich im unversöhnlichen Kampf gegen die Kapitalisten zusammenschließen. Als die Entlassungspläne bekannt wur-

Fortsetzung auf Seite 5

AUS DEM INHALT

Weg mit der Neutronenbombe!

Fortsetzung von Seite 1

gegen Indochina einleitete.

Scheinheilig verdammte Carter seinen vor der ganzen Welt als Gangster entlarvten Vorgänger Nixon, schwamm er auf der Welle der Empörung über die Indochina-Aggression und die Watergate-Politik. Er predigte „Redlichkeit, Optimismus und moralische Wertvorstellungen“, die nun die amerikanische Politik bestimmen sollten. Aber heute, noch nicht einmal ein Jahr nach seinem Einzug ins Weiße Haus, ist der Putz abgebröckelt. Carter steht da als das, was er ist: der Mann der Wallstreet-Herren, der Rockefeller, Mellon und Du Pont.

Der selbsternannte Friedensapostel Carter hat den größten Militärhaushalt in der Geschichte der Vereinigten Staaten verabschiedet. Die Stützpunkte, mit denen sich der amerikanische Imperialismus in allen Teilen der Welt festkrallt, sind ausgebaut, das Kommando über den aggressiven NATO-Block ist verstärkt worden. Mehr als einmal hat Carter zu verstehen gegeben, daß er nicht gewillt ist, der russischen Supermacht auch nur einen Fußbreit Boden freiwillig zu überlassen. Im Gegenteil, der Feldzug Carters für die „Menschenrechte“ ist ein großangelegter Vorstoß des amerikanischen Imperialismus, um sich den unter dem Joch der neuen Zaren versklaven Völkern als „Befreier“ zu empfehlen.

Dieser internationale Ausbeuter und Kriegstreiber wird aggressiv bleiben, solange ihm auch nur ein einziger Zahn bleibt. Ebenso wenig wie die andere Supermacht wird er jemals freiwillig von der Bühne abtreten. Man darf die Supermächte nicht gewähren lassen! Die Völker der Welt müssen sich, auf ihre eigenen Kräfte vertrauend, im revolutionären Kampf zusammenschließen und ihnen immer neue Schläge versetzen.

Und wie sieht es mit den europäischen Imperialisten aus? Die Entwicklung der Neutronenbombe hat wieder deutlich gemacht, daß die europäischen Verbündeten der amerikanischen Kriegstreiber genauso blutgierig und menschenfeindlich sind. So waren auch die westdeutschen Imperialisten seit langem über den Bau dieser Bombe unterrichtet, und bedenkenlos haben sie ihrer Stationierung in unserem Land zugestimmt.

Denn auch ihnen geht es um die Macht, um den Profit. Sie erhoffen sich von einem neuen imperialistischen Krieg an der Seite der amerikanischen Supermacht ihren Anteil an der Beute. Und sie sind nicht erst heute bereit, dafür unser Land und unser Volk zu verkaufen. Sie haben im Interesse ihres Geldsacks die Eingliederung Westdeutschlands in das amerikanische Kriegsbündnis NATO betrieben. Ob es um den Atomminengürtel an der Grenze zur DDR, ob es um die Stationierung von Tausenden Atomraketen unter amerikanischer Kontrolle ging oder um die NATO-Kriegspläne, die eine atomare Verseuchung Norddeutschlands einkalkulierten; immer sind die völkermörderischen Pläne der amerikanischen Imperialisten auf das vollste Einverständnis ihrer westdeutschen Verbündeten gestoßen.

Aber das deutsche Volk will weder noch einmal für die Profite der Krupp, Flick und Thyssen auf den Schlachtfeldern Europas verbluten noch sich von ihnen an die amerikanischen Monopole verkaufen lassen. Wenn unsere Todfeinde zum Krieg rüsten, dann werden wir nicht kampflos zusehen. Die imperialistischen Kriegstreiber, die uns früher noch erzählt haben, der Sinn ihrer Atombomben läge nicht in ihrem Einsatz in einem Krieg, sondern nur in der „Abschreckung“, sie sagen heute in aller Deutlichkeit: „Die Abschreckung durch die Neutronenwaffe liegt im Entschluß ihrer Anwendung.“

Dieses offene Eingeständnis zeigt, daß die Gefahr eines imperialistischen Krieges nicht eine abstrakte Möglichkeit, sondern eine reale Bedrohung der Völker ist. Es zeigt die Notwendigkeit, den revolutionären Kampf gegen die westdeutsche Bourgeoisie und die amerikanischen Besatzer zu verstärken, entschieden gegen die Stationierung der Neutronenbombe auf dem Boden unseres Landes zu kämpfen.

Die modernen Revisionisten der D„K“P unternehmen jetzt alles, um einen solchen Kampf von vornherein zu sabotieren. So hatten sie die Stirn, dem Bundeskanzler Schmidt, der zu Verhandlungen bei Carter war, ein Telegramm hinterherzuschicken mit dem Text: „Fordern Sie von der amerikanischen Regierung, auf die Produktion und Einführung von Neutronenbomben zu verzichten.“ Ja, sie riefen sogar Carter selbst in einer anderen Erklärung dazu auf, „konstruktive Beiträge zur Fortführung der Politik der Entspannung“ zu leisten. Was heißt das anderes als den Frieden von den Kriegstreibern erbetteln zu wollen?

Die Revisionisten wollen, daß wir die Hände in den Schoß legen und unsere Blicke erwartungsvoll auf die Konferenztische der beiden Supermächte richten, daß wir von ihrem Pokern um neue Waffensysteme die Erhaltung des Friedens erhoffen. Dabei propagieren sie vor allem die sozialimperialistische Sowjetunion als „sozialistische Friedensmacht“, von der entscheidende Initiativen zur Abrüstung ausgingen. Aber Moskau rüstet genauso wild auf wie Washington. Und jede Supermacht nimmt die Bewaffnung der anderen zum Vorwand, um die eigenen Systeme noch weiter auszubauen und zu erneuern.

Niemals werden die Imperialisten freiwillig auch nur ein einziges Gewehr aus der Hand legen. Denn ihre Aufrüstung dient nicht dem Selbstzweck, oder um ein sogenanntes „Gleichgewicht der Kräfte“ zu erhalten, sondern einzig und allein dazu, im imperialistischen Krieg ihre Weltherrschaftspläne zu verwirklichen. Deshalb ist der einzige Weg zur Verhinderung des drohenden Krieges der konsequente Kampf gegen den Imperialismus, vor allem gegen die beiden Supermächte. Und davon wollen die modernen Revisionisten ablenken, wenn sie den pazifistischen Weg des Vertrauens auf die Kriegstreiber predigen.

Sie wollen die Massen einschüchtern, indem sie den Schrecken der modernen Vernichtungswaffen in grellen Farben ausmalen und den revolutionären Kampf als Selbstmord hinstellen. Aber die Geschichte hat immer wieder die Richtigkeit der marxistisch-leninistischen Lehre bewiesen, daß nicht die Waffen, sondern die Menschen das entscheidende sind. So konnte das kleine albanische Volk unter der Führung seiner kommunistischen Partei das Besatzerjoch der faschistischen Wehrmacht im bewaffneten Befreiungskampf abschütteln. So zeigten die Völker Indochinas, daß auch eine Supermacht mit ihrem hochgerüsteten Militärapparat im revolutionären Volkskrieg besiegt werden kann.

Nur auf diesem Weg, wie ihn die siegreichen revolutionären Völker beschritten haben, kann der Kriegsgefahr begegnet werden. Deshalb müssen wir uns im revolutionären Kampf zusammenschließen gegen die Kriegspolitik der westdeutschen Imperialisten, gegen die Stationierung der amerikanischen Besatzertruppen und die Lagerung ihrer Atomwaffen in unserem Land.

Hoher Nato-Posten für Bundeswehrgeneral

Der Bundeswehrgeneral Schmückle wird in die Position eines zweiten Stellvertreters des Oberbefehlshabers der NATO aufrücken. Er wird dort unter anderem für die Programmierung, das Nachschubwesen und die Verbesserung der Befehls- und Führungssysteme verantwortlich sein. Damit ist ein lang gehegter Wunsch des Bonner Kriegsministers Leber in Erfüllung gegangen, der schon immer darüber klagte, es sei „nicht mehr zeitgerecht“, daß die Bundeswehr in den Führungsstäben der NATO so schwach vertreten ist.

Tatsächlich verfügen die westdeutschen Imperialisten heute nach den beiden Supermächten über den drittgrößten Militärapparat der Welt. Die Bundeswehr ist auf eine Stärke von fast 700.000 Mann angewachsen, ausgerüstet mit den modernsten Vernichtungswaffen aus westdeutscher und amerikanischer Produktion. Im diesjährigen Bundeshaushalt nehmen die Rüstungsausgaben die Rekordzahl von 32 Milliarden ein, 30% mehr als 1970. In welchem Tempo die Bonner Imperialisten die Militarisierung vorantreiben, läßt sich daran ermessen, daß sie für den Aufbau und die Ausrüstung der Bundeswehr bis jetzt schon dreimal mehr ausgegeben haben als für den Aufbau der Hitler-Wehrmacht.

Der westdeutsche Imperialismus ist heute der Hauptpfeiler des aggressiven NATO-Blocks in Europa. Stets konnte sich die amerikanische Supermacht, die diesen Block als Kriegsinstrument geschmiedet hat, auf die Unterstützung der Bonner Imperialisten verlassen. Sie leisteten nach den Amerikanern die größten finanziellen und militärischen Beiträge für die NATO. Sie sind stets an der Seite Washingtons, wenn es darum geht, aus den anderen Mitgliedsländern höhere Beiträge für die Aufrüstung herauszuholen.

Sie haben unser Land zum Aufmarschgebiet für das amerikanische Kriegsbündnis gemacht. Wenn sich jetzt ein Bundeswehrgeneral mit dem Titel eines stellvertretenden Oberbefehlshabers schmücken darf, dann ist das eine Belohnung für all diese „Verdienste“. Zugleich knüpfen die amerikanischen Imperialisten daran ihre Erwartungen, wie NATO-Chef Haig offen erklärte, „daß die Bundesrepublik damit zu einer weiteren Steigerung ihres Verteidigungsbeitrags ermutigt werde“.

Aber die westdeutschen Imperialisten unterstützen die NATO nicht aus Liebe zu den Amerikanern. Die fieberhafte Aufrüstung, die Eroberung einer bevorzugten Stellung in der NATO, all das dient ihren eigenen Profitinteressen. Mehr denn je streben sie danach, ihre Macht wirtschaftlich, politisch und militärisch auszudehnen, sich Einflußbereiche in Europa und der übrigen Welt zu schaffen. Schon heute haben die westdeutschen Monopole ihr Kapital und ihre Niederlassungen in über 100 Ländern der Welt. Und Schmidt, der Kanzler der Banken und Konzerne, sagte kürzlich in aller Deutlichkeit: „Natürlich ist die Bundesrepublik eine Weltmacht und ihre Bedeutung unterscheidet sich nicht grundsätzlich von der der USA!“

Die westdeutschen Imperialisten verfolgen als zweitstärkste Macht in der NATO ihre eigenen imperialistischen Ziele. Wenn sie sich auch nicht mit den beiden Supermächten, den größten internationalen Ausbeutern und Hauptkriegstreibern, an Stärke messen können, so erhoffen sie sich doch in einem imperialistischen Weltkrieg zwischen den Supermächten und ihren Blöcken, diese Ziele verwirklichen zu können. Darum ist es notwendig, nicht nur die Kriegsvorbereitungen der Supermächte, sondern auch die der Bonner Imperialisten entschieden zu bekämpfen.

Kurz berichtet

FRANKFURT

Korrespondenz. Am 1. Juli war in ganz Westdeutschland wieder der Einziehungstermin für viele junge Rekruten. Die Rote Garde in Frankfurt hatte sich darauf vorbereitet und wollte im Bahnhof, wo die jungen Soldaten in die Züge verfrachtet wurden, Flugblätter verteilen, die die verbrecherische Rolle der imperialistischen Armee entlarven. Konnte man im letzten Jahr noch ohne größere Schwierigkeiten Propaganda auf dem Bahnhofsgelände machen, so war es jetzt unmöglich, offen Flugblätter zu verteilen. Überall wimmelte es von Polizei und Spitzeln.

Wir gingen in Zweier- und Dreier-Gruppen mitten unter die Soldaten und sprachen einzelne an. So bildeten sich schnell Grüppchen, die über die Bundeswehr diskutierten. Wir konnten so gute Gespräche führen und für die Partei Propaganda machen, ohne daß die Spitzel uns von den Soldaten unterscheiden konnten. Beim Verabschieden drückten wir jedem der Diskutierenden ein kleingefaltetes Flugblatt in die Hand. Mit einem Gruß und der Aufforderung, es weiterzureichen, gingen wir zur nächsten Soldatengruppe. Besonders gut machte es eine Genossin, die mit Rekruten diskutierte und die dann, als die Polizei kam, einen der Soldaten bat, sie als seine Freundin zu bezeichnen. Sie hängten sich ein und reichten dann in der ganzen Gruppe, in der sie standen, Flugblätter von Hand zu Hand, ohne daß irgendein Spitzel etwas gemerkt hätte.

Diese Aktion war für die Rote Garde ein Erfolg, kein Genosse wurde verhaftet, obwohl wir fast vier Stunden unter den Soldaten Propaganda machten.

LUDWIGSHAFEN

Eine hinterhältige Provokation verübte die Polizei gegen die Ortsgruppe der Partei in Ludwigshafen. In den Räumlichkeiten, die gerade für die Eröffnung eines Parteibüros hergerichtet werden, erschienen letzte Woche zwei Polizisten. Sie griffen willkürlich einen der dort renovierenden Genossen heraus und beschuldigten ihn, aus einem Laden in der Nähe einen Fernsehapparat gestohlen zu haben. In Wirklichkeit ging es ihnen offensichtlich um die Durchsuchung der Räume, die sie sich mit Drohungen („Wir können auch anders!“) erzwingen wollten.

ESSEN

Große Aufregung herrschte am 1. Juli, dem Tag der Rekruteneinziehung, am Essener Bahnhof. Acht Feldjäger, mehrere Zivile von der politischen Polizei, Schutz- und Bahnpolizisten hatten sich dort zusammengerottet. Unter den Augen der etwa 400 Rekruten, die auf die Abfahrt warteten, gingen sie daran, eine Parole an der Wand zu fotografieren und mit dem Zollstock abzumessen. Die Parole lautete: „Grenzschutz, Polizei, Bundeswehr — kapitalistisches Bürgerkriegsheer! KPD/ML, Rote Garde.“ An einem Stellwerk in der Nähe stand noch eine andere Parole: „Nieder mit der Bundeswehr!“

Der Haufen der uniformierten und zivilen Staatsbeamten beschränkte sich jedoch nicht darauf, die revolutionären Parolen zu registrieren. Sie kreisten einige Jugendliche ein, die in der Nähe des Bahnhofs standen, nahmen ihre Personalien auf und durchsuchten ihre Taschen — allerdings ohne Erfolg. Gefragt, was das ganze denn sollte, sagte einer der Polizisten, die Jugendlichen wären eben „KPD/ML-verdächtig“.

Offen gesagt ...

Nazi-Bestie mit 25 000 DM belohnt

Der ehemalige SS-Scharführer Gomerski war einer der grausamsten Mörder des Hitlerregimes. Eine Bestie in Menschengestalt. Zeugen berichten von unbeschreiblichen Greueltaten, die er als Wachmann im Vernichtungslager Sobibor an Juden aus Polen, der Tschechoslowakei, der Sowjetunion und westeuropäischer Länder beging.

Er ordnete 150.000 Mal die Vergiftung von Häftlingen an. Er quälte die Lagerinsassen, darunter alte Frauen und Säuglinge, auf teuflische Art und Weise. Eigenhändig erschoß er uns nächster Nähe eine alte Frau mit einer MP. Er beteiligte sich daran, Häftlingen Flaschen und Dosen auf den Kopf zu stellen, um dann ein Zielschießen zu veranstalten. Mit einer Blechkanne erschlug er zahlreiche Häftlinge, die sich etwas zu essen suchen wollten, nachdem sie drei Tage lang ohne Nahrung auf dem Hof auf ihre Vergasung hatten warten müssen. Mit einem anderen KZ-Wächter schloß er eine Wette darüber ab, wer am weitesten mit Säuglingen werfen könne . . .

1950 war Gomerski wegen dieser Verbrechen zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Jetzt wurde das Verfahren noch einmal neu aufgerollt. Nachdem sich das Gericht dreieinhalb Jahre lang die erschütternden Berichte ehemaliger Häftlinge über die geschilderten und andere, nicht minder unmenschliche Verbrechen dieser Nazibestie angehört hatte, nachdem klar geworden war, daß Gomerski selbst unter seinen verrohten Kumpanen als grausam galt, befand das Gericht, daß der ehemalige SS-Scharführer Gomerski auf freien Fuß zu setzen sei. Gomerski sei Unrecht geschehen, verkündete das Gericht. Unrecht sei nicht nur die gegen Gomerski verhängte lebenslange Haftstrafe, Unrecht sei es auch, daß Gomerski bereits 22 Jahre im Gefängnis sei. Das Klassengericht „verurteilte“ Gomerski deshalb zu 15 Jahren Haft und beschloß, ihm die zu Unrecht erlittene Haftstrafe in Mark und Pfennig wieder gutzumachen: mit 10 DM pro Tag, mit zusammen mehr als 25.000 DM.

Die Richter, die gegenüber dem grausamen Mörder von 150.000 Menschen nur Bedauern und Mitleid kannten, scheuten sich nicht, ihr Urteil auch noch „Im Namen des Volkes“ auszusprechen. Zynischer geht es kaum.

Aber es wird der Tag kommen, da tatsächlich im Namen des Volkes Recht gesprochen wird. Dann jedoch wird nicht nur über die Verbrechen der Nazis geurteilt werden, sondern genauso über diejenigen, die diese Verbrechen decken. Dann wird vor allem über diejenigen geurteilt werden, in deren Auftrag das Hitlerregime seine Verbrechen verübte, in deren Auftrag heute die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen ausgebeutet und unterdrückt werden: über die Siemens, Krupp und Thyssen, über die Kapitalisten und ihren Staat.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231 / 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde“. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Interview mit einem jungen Arbeiter der DDR

Das folgende Interview mit dem 26jährigen Arbeiter Bernd* aus der DDR schickte uns ein Genosse, der mit Bernd schon seit längerem bekannt ist. Es ist das Ergebnis eines längeren Gesprächs über die Arbeitsbedingungen und die politische Lage in der DDR, das der Genosse mit Bernd in der DDR führte.

Frage: Kannst du mir kurz sagen, wo und unter welchen Bedingungen du arbeitest?

Bernd: Ich bin seit mehreren Jahren Fahrer bei einem mittleren Betrieb. Um zu meiner Arbeitsstelle zu kommen, muß ich jeden Tag zweimal 25 km mit dem Fahrrad zurücklegen, egal bei welchem Wetter. Nur wenn es gar zu schlimm saut, fahr ich mit dem Bus. Doch der fährt solch einen Umweg, daß ich fast eine Stunde früher von zu Hause weg muß. Bis vor kurzem bin ich mittags immer in die Kantine gegangen, inzwischen aber gibt es dort einen derart miserablen Fraß, daß ich immer unterwegs mal schnell einen Happen runterschlinge. Für die Gesundheit ist das unregelmäßige Essen natürlich nicht besonders gut. Ein paar Kollegen haben deswegen jetzt auch schon Magenbeschwerden.

Frage: Wie steht es denn mit der Bezahlung, kommst du gut damit aus?



Schlangestehen für ein paar Brötchen — Alltag für die Werktätigen der DDR, während sich die Bonzen in den „Intershops" und auf dem Schwarzen Markt versorgen.

Bernd: Ich habe eine Familie, Frau und zwei Kinder. Meine Frau verdient 560 Mark. Ich habe einen Grundlohn von rund 1,80 M, dazu kommen noch Leistungs- und andere Zuschläge von ca. 60-80%, so daß ich auf einen Stundenlohn von ungefähr 3,20 M komme. Mit den Überstunden, ca. 10-15 pro Woche, die wir machen müssen, komme ich also auf runde 700 Mark netto. Das reicht natürlich zum Leben, große Sprünge können wir aber damit auch nicht machen. Allein was ich täglich zum Mittagessen ausgeben muß, bedeutet faktisch eine Stunde umsonst gearbeitet.

Frage: 10 Überstunden pro Woche ist schon eine ganze Menge; wie sieht es denn insgesamt im Betrieb aus? Bei uns in Westdeutschland wird im Augenblick enorm rationalisiert.

Bernd: Das läuft bei uns genauso, bloß nicht so offen. Überall in der DDR sind sie jetzt dabei, die Betriebe auf drei Schichten umzustellen. Allerdings gibt es auch überall Unruhe und Murren gegen diese Verschlechterung unserer Arbeitsbedingungen. Bei uns im Betrieb versuchen sie schon seit zwei Jahren, auch den Fuhrpark auf drei Schichten laufen zu lassen. Die Kollegen konnten sich aber bis jetzt erfolgreich dagegen wehren. Deswegen wurde mit anderen Tricks versucht, unsere Abteilung „volkswirtschaftlicher" zu machen. Einmal sind wir gezwungen, statt 8 mindestens 10 Stunden zu fahren, dann müssen wir jetzt unsere Wagen selbst be- und entladen. Dafür kriegen wir pro Tag 1,50 M! Man kann sich natürlich dagegen wehren, bloß bleibt man dann nicht lange im Betrieb. Bei der Einstellung muß man außerdem gleich entsprechende Klauseln im Vertrag mitunterschreiben.

Frage: Der FDGB soll ja angeblich als „sozialistische" Gewerkschaft eure Interessen vertreten. Wie steht es denn damit bei euch im Betrieb?

Bernd: Willst du mich verkohlen? Das ist doch alles ein Haufen. Ich bin aus der Gewerkschaft ausgetreten, weil die ja doch nicht unsere Interessen vertreten. Allerdings kann sich das nicht jeder erlauben; das mindeste, was einem passieren kann, ist, daß man seine Stelle verliert. Bei uns im Fuhrpark sind aber ziemlich viele aus der Gewerkschaft ausgetreten, so konnten sie nichts machen. Außerdem war es günstig, daß kaum einer bei uns fahren will.

Unsere Interessen? Ein Vertreter des FDGB ist zwar Mitglied der Betriebsleitung, das einzige, was er dort allerdings macht, ist, sich mit zu überlegen, wie wir mehr schuften müssen. Aber auf Versammlungen solltest du die mal hören, wie die da tönen. So als lebten wir in einem Paradies, und hinter der Hand machen sie dann ihre Schiebereien. Die meisten nutzen ihre Stellung nur dazu aus, irgendwie besser an den Schwarzen Markt heranzukommen und sich auf unsere Kosten zu bereichern. Nicht umsonst heißen solche Waren ja auch bei uns „FDGB-Waren" — Für Die Guten Bekannten.

Frage: Glaubt man der offiziellen Propaganda im Westen und auch hier in der DDR, so ist die DDR ein sozialistisches Land. Wer hat deiner Ansicht nach die Macht in diesem Staat?

Bernd: Na, wir Arbeiter und andere einfache Leute sicherlich nicht! Bei uns regiert die Partei, d. h. in allen Fragen, ob es um „große" oder „kleine" Entscheidungen in Politik, Wirtschaft oder sonstwo geht — das letzte Wort hat die SED, d. h. die obersten Spitzen. Wer dagegen zu deutlich aufmuckt, „verschwindet" einfach. Bei uns im Betrieb ist das auch schon vorgekommen. Die allerletzte Entscheidung trifft allerdings der Russe.

Frage: Die SED hat nun endgültig „bestimmt", daß es zwei deutsche Nationen gibt. Wie siehst du das?

Bernd: Da steht hier keiner dahinter! Es gibt nur eine deutsche Nation. Zwei Staaten ja, das ist richtig, da kann man im Augenblick auch nichts dagegen machen, aber zwei Nationen, nein! Was soll denn das auch? Mein eigener Bruder hat 'ne andere Nationalität als ich? Wie will man mir das erklären? Und so denken fast alle hier, auch die, die drüben keine Verwandtschaft haben. In den Schulen, im Fernsehen und der Presse wollen sie uns das zwar unterjubeln, da werden sie es aber schwer haben. Manchmal habe ich den Eindruck, daß sie es am liebsten sehen würden, wenn wir irgendwann eine Republik der Russen würden. Das trauen sie sich aber im Augenblick doch noch nicht offen zu propagieren, wenn auch alle Anzeichen immer mehr dafür sprechen. Genau wie der Adenauer damals den Westen an die Amis verkauft hat und damit Deutschland erst spaltete, hat später Ulbricht die DDR an die Russen verkauft. Der Honecker geht da allerdings noch viel weiter. Der verkauft nicht nur, der macht einen regelrechten Ausverkauf.

Frage: Wie steht die Bevölkerung zu den in der DDR stationierten russischen Soldaten?

Bernd: Faktisch ist die NVA ja keine eigenständige Armee mehr, sondern eine Abteilung des Warschauer Paktes. Oberbefehlshaber sind also die Russen. Die russischen Truppen, die angeblich zum Schutz vor den bösen westlichen Imperialisten stationiert sind, sind aber nichts anderes als Besatzungstruppen.

Früher soll der Kontakt zwischen der Bevölkerung und den sowjetischen Soldaten noch gut gewesen sein. Ich kann mich allerdings nur schwer daran erinnern, weil ich noch zu klein war. Ich weiß aber, daß die Soldaten zum Beispiel Kontakt mit dem Volk hatten. Heute werden sie systematisch vom Volk abgeschirmt, es gibt kaum noch Kontakt und wenn sie dann mal „losgelassen" werden, benehmen sie sich wie die Amis im Westen, d. h. sie pöbeln unsere Frauen und Mädchen an, zetteln Schlägereien an und besaufen sich. Der einzige Unterschied ist, daß man im Fernsehen schon mal sehen kann, wie die Amis sich im Westen benehmen, über unsere eigenen Besatzer wird allerdings nichts gezeigt. Außer wenn mal wieder ein Kinderfest aus Propagandazwecken veranstaltet wird.

Frage: Glaubst du nun, daß das „Experiment" Sozialismus gescheitert ist, wie es bei uns im Westen immer gesagt wird?

Bernd: Ich hab' von meinem Vater vor ein paar Jahren einige Bücher über die KPD und die SED sowie die deutsche Geschichte bekommen. Die Bücher waren unheimlich interessant, auch von Stalin habe ich was über den Großen Vaterländischen Krieg gelesen. Eins kann ich auf jeden Fall heute sagen: Das, was die KPD und dann die SED damals wollten, deckt sich in keinster Weise mit dem, was die SED heute macht. Der Marxismus-Leninismus ist etwas Gutes, bloß was heute in der DDR praktiziert wird, hat nichts mehr damit zu tun. Heute hat sich eine bürokratische Schicht an der Spitze des Staates festgesetzt, die genau wie im westlichen Kapitalismus den Arbeitern das Blut aussaugt. Wie der wirkliche Sozialismus, so wie ihn Marx und Lenin wollten, aussehen soll, kann ich mir im Augenblick nicht genau vorstellen. Auf jeden Fall müßten die Russen raus und die Arbeiter das wirkliche Sagen haben. Solche Typen wie der Biermann und Manfred Krug, die jetzt im Westen 'ne große Klappe haben, würden sicherlich genauso schuften müssen wie unsere SED-Funktionäre.

Anschließend sprachen die beiden noch längere Zeit über die KPD/ML, Sektion DDR. Der Genosse schreibt uns abschließend: „Ich bin zuversichtlich, daß Bernd eines Tages, vielleicht in nicht so ferner Zukunft, den Weg zur Partei finden wird. Zu ihm werden sich noch viele andere hinzugesellen und gemeinsam werden wir im Osten wie im Westen das vereinte, unabhängige, sozialistische Deutschland erkämpfen."

*) Der Name wurde geändert.

Und wenn das Kind zum Krüppel wird...

Als ich vor kurzem in der DDR war, erzählte mir eine Bekannte folgendes:

Sie hat eine Tochter von neun Jahren, die seit zwei Jahren Hochleistungssport betreibt. Nicht die Eltern trieben das Kind zum Hochleistungssport an, sondern die Schulbehörden. Für das Kind bedeutete dies vier- bis fünfmal Training in der Woche. An diesen Tagen kam das Mädchen erst gegen 19 Uhr nach Hause und mußte dann noch Schularbeiten machen, weil sie als Leistungssportlerin auch gezwungen ist, ihren Notendurchschnitt von 1,3 zu halten. Nach einigen Monaten bekam das Kind den ersten nervlichen und körperlichen Zusammenbruch. Die Mutter ging daraufhin zum Schulleiter, der ihr auf ihre Bedenken gegen diesen Leistungssport sagte, daß sie sich gegen die Entwicklung des Kindes und gegen den Sozialismus stellen würde.

Die Mutter konnte nichts ausrichten: Der Staat bestimmte, das 9jährige Mädchen müsse weiterhin Leistungssport treiben. Das ging so lange, bis das Kind den zweiten Zusammenbruch hatte. Da ging die Mutter mit dem Kind nicht mehr zum Sportarzt, der ja vom Staat angestellt ist, sondern zu einem privaten Arzt, der ihr sagte, daß sie ihr Kind, um es vor weiteren gesundheitlichen Schäden zu schützen, nicht mehr Hochleistungssport treiben lassen darf. Trotz mancher Schikanen und Vorwürfe wehrten sich daraufhin die Eltern erfolgreich gegen alle möglichen Instanzen: Ihr Kind sollte durch den Hochleistungssport nicht zum Krüppel werden. Die Eltern sind sehr für Sport, aber eben im gesunden Rahmen.

Nach einer erneuten Untersuchung des Kindes stellte sich dann auch heraus, daß es aufgrund des Leistungssports schon stark vergrößerte Lungen hatte, so daß es jetzt auf jeden Fall erst einmal mit viel Sport weitermachen muß, damit nicht durch den rapiden Belastungsabbruch schwere gesundheitliche Schäden zurückbleiben.

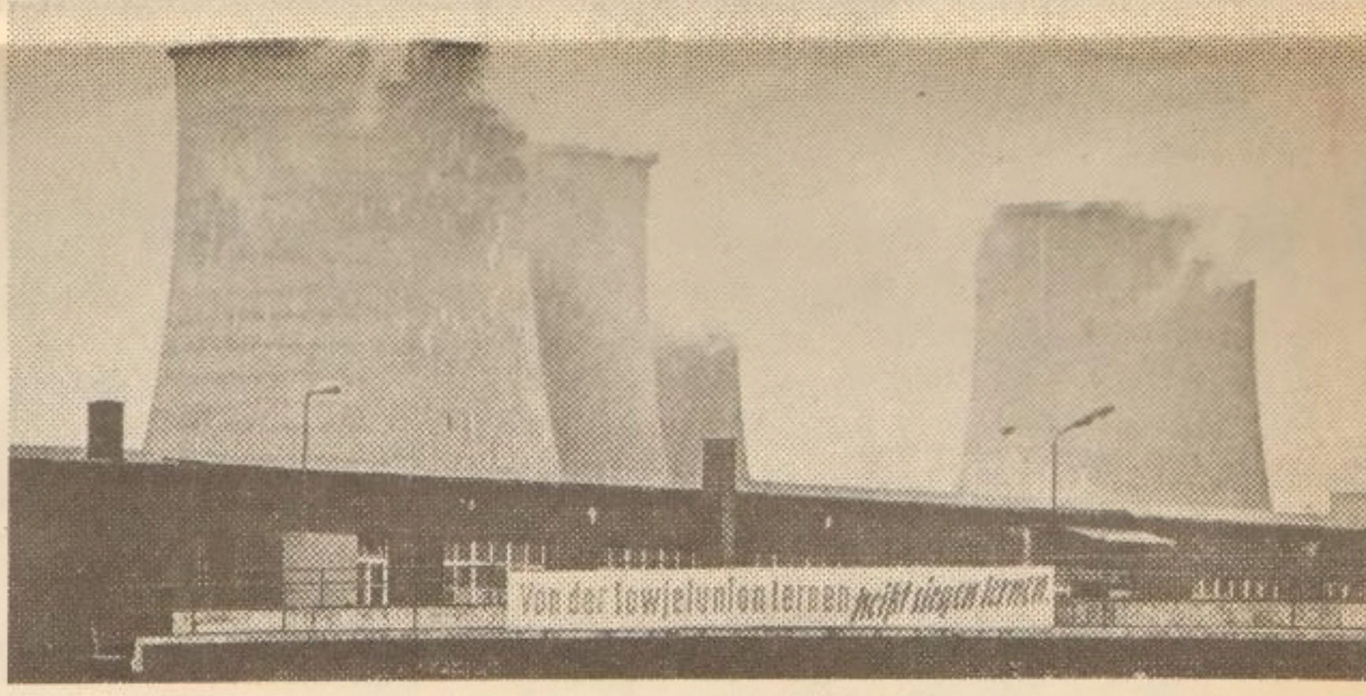
An diesem kleinen Beispiel wird deutlich, daß es in der DDR nicht darum geht, den Massensport zu fördern, sondern, durch Hochleistungssport die Sportler dazu zu bringen, bei Wettkämpfen so viel Medaillen wie möglich zu scheffeln, um der sozialfaschistischen DDR auf diese Weise Anerkennung einzubringen.

Rotfront!
Eine Genossin des KSB/ML

Atomkraftwerke in der DDR

Ebenso wie die westdeutschen Kapitalisten, plant auch die neue Bourgeoisie der DDR den Bau zahlreicher Atomkraftwerke. Und ebenso wie hier die Kapitalisten, nehmen auch dort die revisionistischen Machthaber keinerlei Rücksicht auf das Leben und die Gesundheit der Werktätigen.

Sogar die Demagogie, mit der der Bau der Atomkraftwerke gerechtfertigt werden soll, ohne die damit zusammenhängenden Sicherheitsprobleme und das Problem der Endlagerung des Atommülls gelöst zu haben, gleicht der, die hier betrieben wird.



DDR-Kernkraftwerk Espenhain

So heißt es z. B. in einem in der Zeitschrift „Energietechnik" veröffentlichten Vortrag von zwei Wissenschaftlern aus der DDR, der „Beweis für die Umweltfreundlichkeit der Kernkraftwerke" sei „erdrückend". Und genauso wie die westlichen Imperialisten beschwören die Wissenschaftler aus der DDR das Gespenst einer Energiekrise, aus der die Atomenergie der einzige Ausweg sei.

Besonders stark macht sich die neue Bourgeoisie der DDR für den Bau der sogenannten „Schnellen Brüter". die besonders unsicher sind.

Im übrigen liegt der Bau von Atomkraftwerken in der DDR offenbar nicht nur im Interesse der neuen Bourgeoisie, sondern auch und vor allem im Interesse der sowjetischen Sozialimperialisten. Sie besitzen das Monopol über die „Schnellen Brüter", sie sind dabei, sie zur Serienreife zu entwickeln, und sie wollen sie unter allen Umständen an ihre Vasallen verkaufen, denn das verspricht ein Riesengeschäft zu werden.

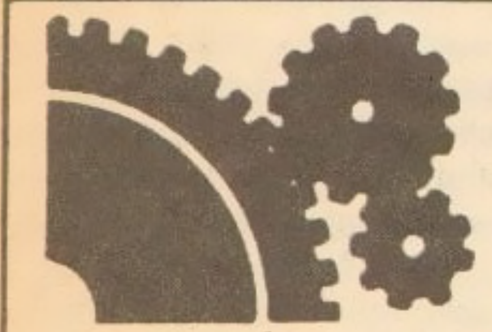
Russische Truppen proben den Krieg

Vom 11. bis 16. Juli fand in der Ukraine das Manöver „Karpaty" statt, an dem sich rund 27.000 Soldaten der Boden- und Luftstreitkräfte der Sowjetarmee beteiligten. Wenige Tage vor Beginn dieses Manövers war eine Militärübung von Stäben und Flottenkräften der DDR, Polens und der UdSSR zu Ende gegangen.

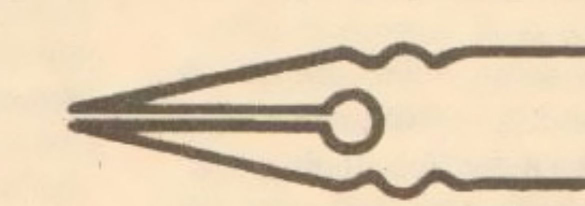
Neben diesen großen Militärübungen fanden in der letzten Zeit zahlreiche kleinere Übungen von Einheiten der russischen Sozialimperialisten mit Einheiten anderer Staaten des Warschauer Paktes statt. Alle diese Übungen wurden demagogisch unter das Motto der Ehrung der Sozialistischen Oktoberrevolution gestellt, es wurde behauptet, sie dienten dem Schutz des Sozialismus, dem Interesse der Werktätigen in den Staaten des Warschauer Paktes usw. usf. Aber diese Sprüche der Herren im Kreml und ihrer deutschen, polnischen und anderen Vasallen sind nichts als Betrug.

Der Warschauer Pakt, der unter dem Kommando der russischen Sozialimperialisten steht, ist ein konterrevolutionärer, imperialistischer Militärpakt, gedrillt und ausgerüstet, um die Revolution zu bekämpfen, um die Interessen der russischen Sozialimperialisten gegen die Völker und gegen ihre imperialistischen Rivalen, vor allem den US-Imperialismus, durchzusetzen. Die ständige Erweiterung seiner Truppen, ihre verstärkte Aufrüstung und ihre Manöver stellen deshalb eine Gefahr für die Völker dar. Nicht die Unterstützung des Warschauer Paktes, sondern allein der schonungslose und konsequente Kampf gegen ihn, gegen den russischen Sozialimperialismus und die reaktionären Bourgeoisien der Staaten des Warschauer Paktes steht deshalb in der Tradition der Sozialistischen Oktoberrevolution.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

„Wenn es Ihnen nicht paßt, können Sie ja gehen!"

Ich arbeite seit einiger Zeit in einem Photogroßlabor in der Negativ-Abteilung als Aushilfskraft. In dieser Abteilung werden die Filme auf Rahmen aufgesteckt und entwickelt.

Der Betrieb ist hauptsächlich auf Saisonarbeit eingestellt. So müssen zum Beispiel einige im Sommer von morgens 6 Uhr bis abends 22 Uhr arbeiten. Schon bei der Einstellung muß man einen Wisch unterschreiben, daß man bereit ist, Überstunden zu machen, andernfalls kann man gleich wieder nach Hause gehen.

Der Betrieb zeichnet sich auch durch ein besonders ausgeklügeltes Lohnsystem aus. Der offizielle Stundenlohn beträgt 6,17 DM. Jedoch muß jeder auf Prämie, zu deutsch Akkord, arbeiten. Die Stückzahl liegt so hoch, daß man sich wahnsinnig abhetzen muß, um sie überhaupt zu schaffen.

Man arbeitet also z. B. zwei Stunden wie ein Besessener, und danach, wenn alle Filme aufgesteckt sind, wartet man, bis die nächsten kommen. In dieser Zeit muß man einen Zettel abstempeln auf Lohnart 0,5, d. h. keine Arbeit. In dieser Zeit bekommt man einen sehr geringen Lohn.

Außerdem ist einem das Prämiengeld nie sicher, weil einem durch die große Hetze sehr leicht ein Fehler unterlaufen kann. Für einen dieser Fehler, einen sogenannten Wahnsinnsfehler, d. h. wenn man einen falschen Film aufgesteckt hat, bekommt man 50 Pfennig abgezogen. Bei Filmverwechslungen müssen alle Kollegen, die an der Entwicklung beteiligt waren, einen Zettel unterschreiben, daß sie für den Fehler verantwortlich sind und außerdem noch den obengenannten Lohnraub in Kauf nehmen müssen. Durch dieses System soll auch versucht werden, die Kollegen gegeneinander aufzubringen, was aber in den meisten Fällen nicht gelingt.

In diesem Betrieb kommt aber auch klar der Charakter der Gewerkschaften zum Ausdruck. Unsere Abteilungsleiterin ist gleichzeitig auch Betriebsrätin, die treu und redlich sämtliche Unterdrückungsmaßnahmen von oben durchsetzt und durch üble Tricks bei den Kollegen um Verständnis heischt.

Wenn, was schon öfters passiert ist, sich einzelne gegen diese Ausbeutung und Unterdrückung wehren, heißt es letzten Endes immer: „Wenn es Ihnen nicht paßt, können Sie ja gehen." Aber auch mit der zunehmenden Unterdrückung wird die Solidarität unter den Kollegen wachsen. Sie werden erkennen, daß sie nur im gemeinsamen Kampf erfolgreich sein können.

Rotfront!
Eine Genossin aus Freiburg

Um einen Tageslohn betrogen

Ich arbeite bei der AEG in Frankfurt, also in einem großen Elektrokonzern. Kürzlich passierte bei uns folgendes:

Ein Arbeitskollege von mir hatte sich für Freitag krank gemeldet, da er eine Erkältung hatte. Er rannte allerdings nicht am selben Tag noch zum Arzt, da er meinte, am Montag sei er wieder gesund. Jedoch verschlimmerte sich die ganze Sache nur und er bekam Fieber. Am Montag ging er dann auch gleich zum Arzt, der ihn für zwei Wochen krankschrieb.

Als er jedoch am Ende des Monats seinen Gehaltszettel bekam, haute es ihn um. Die Kapitalisten hatten ihm den Freitag vom Gehalt abgezogen, obwohl man drei Tage ohne Krankmeldung fehlen darf. Daraufhin ging er gleich in die Personalabteilung und fragte, was das solle. Man antwortete ihm frech, er wäre ja länger als drei Tage krank gewesen und die Krankmeldung gelte erst ab Montag.

Wütend kam er zurück und erzählte uns davon. Natürlich waren wir alle empört darüber und sagten, er solle sich mal den Manteltarifvertrag anschauen. Dies tat der Kollege dann auch und hier stand es schwarz auf weiß, daß sie ihn betrogen hatten. Jetzt müssen sie ihm den Betrag nächsten Monat nachzahlen.

Unter den Kollegen sagten dann einige: „Dies ist kein Zufall oder ein Fehler, den irgendeiner gemacht hat, sondern von denen da oben angeordnet" und „wenn du nicht aufpaßt, bescheißen sie dich auch noch bei der Gehaltsabrechnung". Es kam dann noch zu guten Gesprächen unter den Kollegen.

An diesem kleinen Beispiel kann man sehen, was es auf sich hat mit dem „Sozialwesen", mit ihren Gesetzen und Bestimmungen. Einen Dreck scheren sie sich drum. Überall versuchen sie, uns übers Ohr zu hauen, auch wenn sie ihre eigenen Gesetze brechen müssen.

Rotfront!
Ein Genosse aus Frankfurt

„Das geht bestimmt schief!"

Liebe Genossen,

vor ein paar Tagen mußte ein Baggerfahrer mit seinem Bagger (Firma „Stratiebau") einen Platz auf dem Gelände der Stadtwerke Bochum aufreißen. Dort waren auch Eisenbahnschienen verlegt. Der Kollege wollte eigentlich nicht mit seinem Bagger an die Schienen heran, denn sie erschienen ihm zu schwer und die Sache konnte gefährlich werden. Der Bauführer trieb aber an nach dem Motto: „Stell dich nicht so an, wir haben keine Zeit, den Kran zu holen..."

Einige Kollegen meinten, daß der Baggerführer nachgab und die Schienen herausriß, hätte er nur getan, weil er Angst um den Arbeitsplatz gehabt hätte. Wie es dann genau zu dem Unglück gekommen ist, ist nicht ganz geklärt. Die Schiene rutschte von der Greiferschaufel ab und zerschmetterte das Fahrerhaus.

Wir eilten, durch Kollegen alarmiert, zur Unglücksstelle. Es bot sich uns ein grausiges Bild. Das zerschmetterte Fahrerhaus, der rückwärts über der Schwelle hängende leblose Körper des Baggerführers, Blut in den Mundwinkeln. Wir alle hielten ihn für tot. Es sah jedoch schlimmer aus als es war.

Erst unseren vereinten Anstrengungen gelang es, den Kollegen zu befreien. Der Baggerführer hatte großes Glück. Soweit uns bis jetzt bekannt ist, sind seine Verletzungen nicht so schwer. Un Träger des Baggers hatte die herunterkippenden Schiene und Schwellen aufgehalten.

Ein Kollege, der den ganzen Hergang von Beginn an mitbekommen hatte, sah das Unglück kommen. Er warnte noch: „Das geht bestimmt schief!" Dieser Unfall ist eindeutig das Ergebnis der Arbeitshetze und Antreiberei, das Ergebnis der Profitgier der Kapitalisten.

Rotfront!
Ein Genosse aus Bochum

Lehrlingslöhne sollen eingefroren werden

Fortsetzung von Seite 1

klasse gegen Lehrstellenabbau, Arbeitsplatzvernichtung und wachsende Arbeitslosigkeit notwendig.

Die unverschämte Erpresserlogik der Kapitalisten wird auch von den Vertretern des Bonner Staates geteilt. So schön sich ihre Worte darüber anhören, daß ihnen nichts mehr am Herzen liege als der Abbau der Arbeitslosigkeit und die „Bewältigung der Berufsbildungsmisere", so verlogen und heuchlerisch sind sie auch. So lobte der für Berufsbildung zuständige Mann im Bonner Wirtschaftsministerium, Staatssekretär Schmidt, jetzt den DGB-Apparat, weil dieser die Forderung nach „Übernahmegarantie" fallen läßt. „Übernahmegarantie" bedeutet, daß die Kapitalisten garantieren sollen, daß die Lehrlinge nach Ende der Ausbildungszeit ins Arbeitsverhältnis übernommen werden. Durch den Verzicht des DGB auf diese Forderung — so Schmidt — würde die „Ausbildungsbereitschaft" der Industrie gefördert.

Die Kapitalisten sind also nur dann „ausbildungsbereit", d. h. bereit, Lehrlinge einzustellen, wenn ihnen bescheinigt wird, daß sie das Recht haben, sie wieder aus dem Betrieb zu jagen, nachdem sie sie jahrelang als besonders billige Arbeitskräfte ausgebeutet haben. Nach den Vorstellungen der Herren in Bonn soll die Arbeiterklasse sich dieser Ausbeuterlogik widerstandslos unterwerfen. So sieht der „Kampf" der Regierung gegen Arbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel aus!

Vor einigen Monaten befreite die Regierung die Kapitalisten von der Bezahlung der „Berufsbildungsabgabe", zu der sie laut Gesetz verpflichtet gewesen wären, sofern nicht genügend Lehrstellen in diesem Jahr bereitgestellt werden. Mit welcher Begründung schenkte Bonn den Kapitalisten die Abgabe? Die Unternehmer hätten „versprochen", dieses Jahr 100.000 Lehrstellen „zusätzlich" zu schaffen; dadurch sei ja die Lehrstellennot beseitigt. Als ob nicht völlig klar gewesen wäre, daß sich, Versprechen hin, Versprechen her, der Mangel an Lehrstellen eher noch verschärfen würde, als geringer zu werden oder sogar ganz zu verschwinden. Die Sprecher der Unternehmerverbände bestritten überdies sofort, jemals ein solches Versprechen abgegeben zu haben. Die Regierung beteuerte nun, um Kritiker zu beschwichtigen, die Unternehmer würden verpflichtet, alle Lehrstellen der Bundesanstalt für Arbeit zu melden, damit eine Kontrolle möglich sei. Jetzt hat Bonn den Kapitalisten auch noch die Meldepflicht erlassen. Staatssekretär Schmidt hatte dafür folgende Begründung auf Lager: „Sonst könnte der Verdacht entstehen, die Betriebe sollten mit der Melde- auch zu einer Ausbildungspflicht veranlaßt werden." Welch schrecklicher Verdacht: die Unternehmer brutal verpflichten zu wollen, Lehrlinge einzustellen! Nur gut, daß die Regierung alles tut, um ihn völlig zu entkräften!

Wenn die Vertreter dieses kapitalistischen Staates von ihrer „Sorge über die Arbeitslosigkeit" schwätzen, wenn sie den Eindruck erwecken wollen, dieser Staat versuche etwas dagegen zu tun, so ist das nichts als Heuchelei und Betrug. Das einzige, worüber sie sich wirklich Sorgen machen, ist dies, daß die Arbeiter sich zum revolutionären Klassenkampf erheben, daß sie diesen Ausbeuterstaat als Werkzeug der Kapitalisten, als Unterdrückungs- und Ausbeutungsinstrument durchschauen und den Kampf für seine Zerschlagung in der proletarischen Revolution aufnehmen. Sorgen machen sich diese Herren darüber, daß die Menschen sich fragen, worin denn eigentlich die Ursachen für Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit und Ausbildungsmisere liegen.

Denn Gnade den Herrn, wenn die ausgebeuteten und unterdrückten Massen erkennen, daß es hier nicht um unerklärliche Vorgänge, um eine Art Naturkatastrophe handelt, für die niemand verantwortlich ist, sondern vielmehr um Geiseln des kapitalistischen Ausbeutersystems, um die Folgen der Profitgier der Kapitalisten, um die Konsequenzen dessen, daß sich eine kleine Minderheit auf Kosten des Elends von Millionen hemmungslos bereichert.

Deshalb inszenieren die Herrschenden eine raffinierte Propaganda, um die Wahrheit über die Ursachen der Misere und des Elends zu verschleiern und die Massen zu betrügen. Der DGB-Apparat sorgt dafür, daß diese Propaganda auch innerhalb der Arbeiterschaft wirksam werden kann. Wir sollen auf die Wirtschaftspolitik der Regierung hoffen, auf Reformen, die den Kapitalismus „verbessern", anstatt endlich daranzugehen, dieses Ausbeutersystem zu zerschlagen und die Übel mit der Wurzel auszurotten.

In Albanien, dem heute einzigen sozialistischen Land in Europa, haben unsere Klassenbrüder dies bereits getan. Sie haben die Ausbeuterherrschaft in der bewaffneten Revolution gestürzt und die Diktatur des Proletariats errichtet. Jetzt bauen sie eine Gesellschaft auf, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft ist. **Deshalb ist Albanien heute das einzige Land Europas, wo es keinen Jugendlichen gibt, der nicht eine gute Berufsausbildung erhält, das einzige Land ohne Arbeitslosigkeit, wo keiner mehr im Elend leben muß, wo die werktätigen Massen ein glückliches Leben ohne wirtschaftliche Sorgen führen.**

Die Arbeiterklasse hat im Kapitalismus nichts zu verlieren als ihre Ketten. Deshalb ist es Verrat, die Arbeiter und die werktätige Jugend daran hindern zu wollen, den Kampf gegen die Angriffe des Kapitals auf die Löhne, die Arbeitsplätze usw. militant und unversöhnlich zu führen. Nur dadurch, daß die Massen revolutionär kämpfen, kann man den Kapitalisten echte Schläge versetzen und sie zu wirklichen Zugeständnissen, zur Erfüllung unserer Forderungen zwingen. Der DGB-Apparat und die revisionistische D„K"P versuchen die Arbeiterklasse daran zu hindern. Sie wollen uns einreden, wir könnten mit den Kapitalisten auf einen gemeinsamen Nenner kommen. Seien wir deshalb wachsam gegenüber diesen Handlangern und Agenten der Kapitalistenklasse!

Konsequenter Kampf gegen die Angriffe der Kapitalisten und des Staates auf die Lage und die Interessen der Arbeiterjugend! Gegen Arbeitslosigkeit und Lehrstellenabbau! Gegen das Einfrieren der Lehrlingslöhne! Für eine kräftige Lohnerhöhung für Lehrlinge! Arbeitslosengeld für alle arbeitslosen Jugendlichen, auch für die, die von der Schule weg arbeitslos sind! Übernahme aller Lehrlinge ins Arbeitsverhältnis! Streikrecht für Lehrlinge!

Thyssen-Niederrhein in Oberhausen

DGB-Apparat billigt Stillegung

Im April dieses Jahres wurde bekannt, daß das Siemens-Martin-Werk und die damit verbundene Blockbrammenstraße bei Thyssen Niederrhein in Oberhausen stillgelegt werden soll. Es bestand die Gefahr, daß 3.000 Arbeitsplätze vernichtet werden sollten. Um sich dagegen zu wehren, warfen mehrere Tausend Kollegen die Brocken hin und demonstrierten gegen die Stillegung. Ihre Forderung war: Kein einziger Arbeitsplatz darf vernichtet und niemand darf entlassen werden.

Inzwischen kam es zu einer Vereinbarung zwischen Thyssen und dem Gewerkschaftsapparat, die im wesentlichen zwei Punkte enthält. Erstens: Das SM-Werk und die daran anschließende Blockbrammenstraße werden schrittweise stillgelegt und durch Neuinvestitionen eines Elektrostahlwerks mit einer monatlichen Kapazität von 50.000 t und einer sechssträngigen Knüppelgießanlage ersetzt. Das bedeutet die Vernichtung von mindestens 1.200 Arbeitsplätzen.

Zweitens: Trotz Umgliederung der Thyssen Niederrhein AG soll der Umfang der bisher angewendeten Montanmitbestimmung nicht eingeschränkt werden. Das bedeutet, daß die DGB-Bonzen alle ihre Aufsichtsratsposten behalten und daß ihre Rechte, bei der Ausbeutung und Unterdrückung der Belegschaft mitzubestimmen und mitzuprofitieren, vollständig gewahrt bleiben.

Diesen niederträchtigen Verrat am Kampf der Belegschaft für die Verteidigung ihrer Arbeitsplätze pries der



Demonstration gegen Stillegung im April

IGM-Apparat in einem Flugblatt, das die fette Überschrift trug: „Existenzgefährdung abgewehrt". Existenzgefährdung abgewehrt? Und was ist mit den 1.200 Arbeitsplätzen, die bei dieser Rationalisierungsmaßnahme draufgehen? Mit keiner Silbe wird in dem Flugblatt auf diese Frage eingegangen.

Nach der Demonstration im April hatten die Gewerkschaftsbonzen es sehr eilig, die Arbeiter wieder an die Arbeit zu schicken. „Liebe Kollegen, wir machen das schon, Verhandlungen sind bereits aufgenommen", hieß es. Die Bonzen wußten natürlich genau, daß nur ein konsequenter, machtvoller Streik die Thyssen-Bosse hätte zwingen können, die Stillegung und die geplanten Massenentlassungen zurückzunehmen.

Aber in Wahrheit ist es eben nicht die Absicht des DGB-Apparates, gegen das Kapital die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten, sondern umgekehrt, den Konzernherren zu helfen, auf dem Rücken der Arbeiter ihre Profite zu steigern. Und genau diesem Zweck dient auch der Mitbestimmungsschwindel.

Textilkonzerne haben sich saniert

In drei Jahren hunderttausend Arbeitsplätze vernichtet

Im vergangenen Jahr belief sich der Umsatz der Textilindustrie und der Bekleidungsindustrie auf 48 Milliarden DM. Da in beiden Industrien zusammen 600.000 Personen beschäftigt sind, beträgt der Umsatz pro Beschäftigten also nahezu 80.000 DM. Daran läßt sich erkennen, daß die Textilkapitalisten im vergangenen Jahr enorme Profite aus den Arbeiterinnen und Arbeitern herausgepreßt haben.

Seit Jahren galt die Textilindustrie als besonders fußkranke Branche in der Bundesrepublik. Auch im vergangenen Jahr riß die Kette der Meldungen über Stillegungen und Massenentlassungen in der Textilindustrie nicht ab. Wer hätte also gedacht, daß dieser Industriezweig inzwischen für die Kapitalisten zu einem Eldorado der Höchstprofite geworden ist, daß die Bundesrepublik sogar zum größten Textilexporteur der Welt avanciert? Die Schlagzeilen der bürgerlichen Presse jedenfalls schwiegen darüber.

Allein im vergangenen Jahr steigerte die Textilindustrie der Bundesrepublik ihre Ausfuhren um 22,9 Prozent. Der Umsatz wuchs in der Textilindustrie (ohne Bekleidungsindustrie) um 2,4 Milliarden auf 29,3 Milliarden. Das ist für die Kapitalisten eine glänzende Erfolgsbilanz. Wie aber sieht die Bilanz für die Arbeiterinnen und Arbeiter, für die kleinen Angestellten aus?

„Um die Lohnkosten zu drücken, blieb uns nur der Ausweg, mit allen Mitteln zu automatisieren und zu rationalisieren." Dies sagte Gerrit von Gelden, Herr eines der größten Textilkonzerne der Bundesrepublik. Damit hat er einen Teil des kapitalistischen Erfolgsrezeptes mit unverschämter Offenheit benannt. Für die Belegschaften des Herrn von Gelden sah das dann unter anderem so aus, daß jeder sechste Kollege in den vergangenen sechs Jahren auf die Straße gesetzt wurde. Nino, ein anderer großer Textilkonzern, kam im vergangenen Jahr ebenfalls auf den höchsten Umsatz seit seinem Bestehen. Er hatte zuvor seine Belegschaft um ein Viertel „abgebaut". **In der Textilbranche (Bekleidung nicht mitgerechnet) schrumpfte allein innerhalb der vergangenen drei Jahre die Beschäftigtenzahl um nahezu Hunderttausend. Der Umsatz erhöhte sich in der gleichen Zeit um fast 1,7 Milliarden DM. Rund 500 Textilbetriebe wurden in diesen drei Jahren dichtgemacht.** Die Kollegen, die das Glück hatten, ihren Arbeitsplatz nicht zu verlieren, wurden einer noch erheblich brutaleren Arbeitshetze unterworfen als vorher. Wie sehr die Ausbeutung verschärft wurde, zeigt sich daran, daß pro Beschäftigten in den vergangenen sechs Jahren der Ausstoß an Textilien um 57 Prozent gesteigert wurde.

Ein Punkt, den Gerrit van Gelden allerdings unerwähnt ließ, trug ebenfalls erheblich zu den Rekordprofiten der Textilkapitalisten bei. Die Verlagerung großer Teile der Produktion ins Ausland, in sogenannte „Billiglohnländer". Nicht nur in europäischen Ländern wie z. B. Irland oder Jugoslawien, sondern mehr noch in Asien, in Lateinamerika und im Nahen Osten beuten westdeutsche Textilunternehmen Arbeiterinnen und Arbeiter aus. Der Textilkonzern „Triumph International" zum Beispiel hat Werke in Brasilien, Thailand und in Manila. Im vergangenen Jahr beschäftigte „Triumph" 11.600 Personen von seiner Gesamtbelegschaft von 17.700 im Ausland. Von 14,2 Millionen Mark, die „Triumph" 1975 investierte, investierte der Konzern lediglich 3,5 Millionen im Inland. **In den von den Kapitalisten bevorzugten „Billiglohnländern" herrschen blutige faschistische Diktaturen, die jeden Streik gewaltsam niederzuschlagen versuchen. So haben die Textilbosse die günstigsten Bedingungen, um die Arbeiterinnen und Arbeiter aufs Brutalste auszubeuten. Z. B. erhalten die Textilarbeiterinnen in Manila einen Stundenlohn von 48 Pfennig.**

Es ist also überhaupt nicht verwunderlich, daß in der Bundesrepublik moderne Textilfabriken reihenweise stillgelegt werden. Triumph legte allein von 1973 bis 1975 13 Textilwerke in der Bundesrepublik still. Der Staat unterstützt diese Praxis auch noch, indem er dafür Steuergeschenke ausschüttet. Jüngst lobte der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Schlecht die Verlagerung der Textilproduktion ins Ausland als „weitsichtige Strategie". Diese Haltung der Regierung zeigt nicht nur das aggressive, räuberische Wesen des imperialistischen Bonner Staates, sondern sie wirft auch ein bezeichnendes Licht auf den angeblichen Kampf Bonns gegen die Arbeitslosigkeit und auf die sogenannten „Arbeitsbeschaffungsprogramme", die die Regierung immer wieder zusammenschustert.

Die Grundlage der Sanierung der bundesrepublikanischen Textilkonzerne bildet die Vernichtung von mehr als 150.000 Arbeitsplätzen in den vergangenen sechs Jahren. Diese Sanierung beruht auf der brutalen und immer schärferen Ausbeutung der Arbeiterinnen und Arbeiter im Inland und im Ausland. Weder hat der Aufstieg der westdeutschen Textilkonzerne in irgendeiner Weise den Lebensstandard der Textilarbeiter gehoben — die Löhne der Textilarbeiterinnen und -arbeiter in der Bundesrepublik liegen nach wie vor noch unter den Löhnen in den meisten anderen Branchen — noch hat er die Arbeitsplätze sicherer gemacht. Im Gegenteil! Schon fordern die westeuropäischen Textilkonzerne von den EWG-Behörden Einfuhrbeschränkungen gegen die äußerst scharfe Konkurrenz vor allem aus dem Ostblock und dem Fernen Osten (Hongkong, Japan . . .) Andernfalls, so drohen sie, seien in Westeuropas Textilindustrie 1,6 Millionen Arbeitsplätze in Gefahr.

Die Textilkapitalisten verheimlichen nicht, daß sie weiterhin die Ausbeutung in ihren Betrieben um jeden Preis noch mehr verschärfen und noch höhere Profite aus den Knochen der Belegschaften pressen wollen. Zynisch schreibt die „Süddeutsche Zeitung": Infolge der in der Textilindustrie enorm gestiegenen Kapitalaufwendungen für Maschinen und Anlagen, denen gesunkene Kosten für Löhne gegenüberstehen, werde „die Beschäftigung rund um die Uhr lebensnotwendig", damit sich der Kapitaleinsatz auch lohne. **Um so mehr also die Kapitalisten in ihrer Jagd nach Höchstprofiten die Produktivität durch Automatisierung, Rationalisierung und moderne Produktionsverfahren steigern, um so „lebensnotwendiger" wird es für sie also, mit möglichst wenig Arbeitskräften möglichst viel zu produzieren und die Arbeiter möglichst effektiv und bis ins letzte auszupressen.**

Daran wird deutlich: Das Anwachsen der Arbeitslosigkeit und der Verelendung des Proletariats ist ein grundlegendes Entwicklungsgesetz des Kapitalismus. Das wissen die Kapitalisten sehr gut! Bedeuten also steigende Profite auch steigenden Lebensstandard für die Arbeiter und sichere Arbeitsplätze? Das sind Lügen, die die Bourgeoisie in die Welt setzt und die der arbeiterfeindliche Gewerkschaftsapparat in der Arbeiterschaft propagiert, um die Arbeiterklasse zu betrügen und vom Kampf abzuhalten. Die Interessen von Proletariat und Bourgeoisie, von Ausgebeuteten und Ausbeutern, sind einander diametral entgegengesetzt. Nur im unversöhnlichen Klassenkampf gegen die Angriffe des Kapitals können die Arbeiter und kleinen Angestellten vorübergehend Verschlechterungen ihrer Lage aufhalten und Verbesserungen erzwingen. Und nur ein Ausweg führt für die Arbeiterklasse aus Krise, Arbeitslosigkeit und Verelendung: Der Sturz des kapitalistischen Ausbeutersystems durch die sozialistische Revolution.

Demonstration gegen Entlassungen



Bei der Demonstration der Klöckner-Arbeiter trugen revolutionäre Kollegen und Genossen dieses Transparent.

Fortsetzung von Seite 1

den, hatte der Betriebsrat unter dem Druck der Belegschaft den Beschluß gefaßt: keiner Entlassung aus wirtschaftlichen Gründen wird zugestimmt. Als jedoch nun auf der Vertrauensleutevollversammlung ein revolutionärer Arbeiter vorschlug, diese Parole auf der Demonstration mitzutragen, verhinderten dies die D„K"P-Revisionisten mit den Worten: "Man muß doch nicht dauernd an diesen Beschluß des Betriebsrats erinnern."

Die Demonstration verlief trotz der Stör- und Abwiegelungsmanöver der Revisionisten sehr kämpferisch und diszipliniert. Auch eine starke Abordnung der Belegschaften des „Weserkurier" und der „Bremer Nachrichten" nahm an der Demonstration teil. Während ihres Streiks hatten Klöckner-Arbeiter auf Belegschaftsversammlungen 2.735 Mark für sie gesammelt.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

Die Pleite bei Jasa-ein Lehrstück über den Kapitalismus

Der Kampf der dreißigköpfigen Belegschaft der Textildruckerei JASA GmbH in Tübingen-Hirschau ist beendet. Die Stillegung konnte nicht verhindert werden. Aber durch ihren entschlossenen Kampf konnten die Kollegen einige ihrer Ansprüche und Forderungen, um die man sie betrügen wollte, verteidigen und durchsetzen. In einem Flugblatt unserer Partei werden die Kampferfahrungen der JASA-Kollegen zusammengefaßt. Im folgenden veröffentlichen wir Auszüge aus diesem Flugblatt.

Die Textildruckerei JASA GmbH in Tübingen-Hirschau ist endgültig am Ende. Nach monatelangen Schwierigkeiten und Verzögerungen der Lohnauszahlungen war am 18. April Konkursantrag gestellt worden, der am 25. Mai mit der Niederschlagung des Konkurses mangels Masse abgelehnt wurde.

Alle Verhandlungen zur Übernahme des Betriebes durch andere Firmen waren gescheitert; niemand fand sich bereit, die Fabrik zu übernehmen. 35 Arbeitsplätze waren vernichtet; die Arbeiter saßen auf der Straße, seit Monaten ohne Geld. Keiner wußte, wann und wo und ob er überhaupt wieder Arbeit finden würde. Die italienischen Kollegen verlieren noch obendrein ihre Wohnungen im Betrieb und wissen nicht, wohin.

Die kapitalistische Pleite zwingt die Arbeiter zum Kampf

Der entschlossene, hartnäckige Kampf im Vertrauen auf die eigene Kraft ist der einzige Weg zum Erfolg für die Arbeiterklasse. Dies haben die Kollegen von JASA beispielhaft gezeigt. Jahrelang hatte die Belegschaft unter teilweise primitivsten Bedingungen bei niedrigen Löhnen hart gearbeitet, 12 Stunden am Tag und mehr. Die JASA-Produkte gehörten bis zuletzt zumindest in einigen Bereichen zur europäischen Spitzenklasse.

Mit der Krise des Betriebes wuchs Unruhe in der Belegschaft. Die Arbeiter hatten die Nase voll von unmöglichen Arbeits- und Hygienebedingungen, Schikanen der Geschäftsleitung und häufigen Verschiebungen der Lohnzahlung sowie falschen Lohnabrechnungen. Die Belegschaft organisierte selbst die Wahl eines Betriebsrates.

- **Im Juli 1976 wird mit über 83% der Stimmen unser Genosse Volker Nieber zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt.**
- **12. November 76: Einige Maschinen stehen still, geschlossene Streikdrohung erzwingt sofortige Auszahlung des fälligen Lohnes.**
- **Jahresende 76: Geschlossener Druck von Betriebsrat und Belegschaft erzwingt rechtzeitige Nachzahlung monatelang einbehaltener, aber nicht abgeführter Vermögensbildungsbeiträge.**
- **10. März 77: An allen Arbeitsplätzen finden die Kollegen ein Flugblatt der KPD/ML mit der Forderung: Am 15. voller Lohn oder Streik!**
- **11. März 77: Die Betriebsversammlung droht einmütig mit Streik.**
- **16. März 77: Die Maschinen stehen still! Zweieinhalb Stunden streikt die gesamte Belegschaft; zwei Drittel der Arbeiter und unteren Angestellten streiken den ganzen Tag und erkämpfen so die Lohnzahlung. Ohne diesen Streik wäre der Februarlohn bis heute nicht gezahlt. Gewählter Streikführer: Genosse Volker Nieber.**
- **18. April 77: Der Konkurs wird angemeldet, die Belegschaft ergreift sofort Maßnahmen. Die wichtigsten Forderungen der Arbeiter: Wir brauchen sofort Geld! Die Wohnräume der Italiener müssen gesichert werden! Unsere Arbeitsplätze müssen erhalten werden!**
- **Es wird ein fünfköpfiges „Komitee der Beschäftigten" gebildet, das an der Spitze der Belegschaft den Kampf führt; ein Büro wird besetzt.**
- **Starke Delegationen der Belegschaft rücken Gerichten und Arbeitsämtern auf die Pelle (ein Tübinger Richter: "Die JASA-Leute kommen immer gleich in Kriegsstärke!")**
- **Die Belegschaft nimmt Stempelkarten, Lohnabrechnungen und Urlaubskartei in die eigenen Hände; das Komitee nimmt den Papierkrieg auf.**
- **Beim Arbeitsamt Reutlingen wird außerhalb der üblichen Wege eine sofortige Zahlung von Vorschuß auf die noch ausstehenden Löhne für März und April erreicht. Wahrscheinlich deutscher Rekord!**
- **Bei Arbeitsamt Tübingen wird die geschlossene Behandlung aller JASA-Kollegen innerhalb von zwei Stunden durchgesetzt; das Komitee beaufsichtigt.**
- **Jegliche Kündigung von Kollegen wird verhindert.**
- **In jeder Woche werden mehrere Betriebsversammlungen durchgeführt, wo die nächsten Schritte beschlossen und die Einheit gewahrt wird.**
- **Die Belegschaft setzt durch, daß die Wohnräume der Italiener im Betrieb wie auch das Büro von Betriebsrat und Komitee weiterhin mit Wasser, Strom und Telefon versorgt werden. Das Chefbüro liegt im Dustern, Telefon ist tot.**
- **Beim Arbeitsgericht Reutlingen werden „Vergleiche" mit der JASA erzielt, die den Kollegen wenigstens einen Teil ihrer Ansprüche zuerkennen.**
- **Über einen Monat lang hält die Belegschaft zusammen und läßt sich nicht auseinanderreißen.**
- **Der geschlossene Protest der Belegschaft erzwingt beim Landgericht München die Verschiebung einer Gerichtsverhandlung gegen den Betriebsratsvorsitzenden Volker Nieber, damit er die Kollegen beim Arbeitsgericht in Reutlingen vertreten kann.**

Am 20. Mai in München: *Freispruch für Genossen Volker Nieber!* Das Landgericht wagt angesichts breiter Proteste in der Öffentlichkeit nicht, das Urteil der ersten Instanz aufrechtzuerhalten. Ohne jeden Beweis, nur weil Volker Kommunist ist, war er wegen Teilnahme an der Roten-Antikriegstags-Demonstration 1972 verurteilt worden zu 16 Monaten Haft ohne Bewährung. Die KPD/ML organisierte breite Solidarität. Die JASA-Kollegen hatten wesentlichen Anteil an diesem Erfolg durch eine scharfe einmütige Resolution gegen die Verurteilung ihres Betriebsrats-Vorsitzenden, durch direkte Unterstützung des Genossen, durch Teilnahme am Prozeß! Sie feiern den Freispruch am 20. Mai entsprechend.

Der Gewerkschaftsapparat: Die linke Faust von Kapital und Staat gegen die Arbeiter

„Gemeinsam erreichen wir mehr", ist die Lieblingsparole der Gewerkschaftsbonzen, wenn sie auf neue Mitglieder scharf sind. Das sind doch selber Kapitalisten! Sie verfügen über große Konzerne, sie sitzen in Aufsichtsräten und Ministerien; sie sind verwachsen mit Kapital und Staat. Wie sollten sie gegen Kapital und Staat für die Arbeiterklasse kämpfen können? Ortssekretär Kreuzmann von der Gewerkschaft Textil/Bekleidung tat bei JASA alles, um das zu beweisen. 1. Auf der Betriebsversammlung am 11. März: Die Arbeiter sollen mit Jacobi an einem Strang ziehen, in der Krise könne man nicht kämpfen — aber Hetze gegen das Flugblatt der KPD/ML. 2. Den Streiktag bezahlt die GTB natürlich nicht — „der Streik ist illegal." 3. Empören konnte er sich lediglich darüber, daß er wegen der JASA-Pleite einmal aus einer Tarifverhandlung im Kurhaus Bad Krozingen ans Telefon gerufen wurde. und so weiter. . .

Aber nicht nur ohne, auch gegen die Gewerkschaft mußten die Kollegen kämpfen: Die Gewerkschaft steckte dahinter, als das Arbeitsamt die JASA-Arbeiter vorzeitig für arbeitslos erklärte und auseinanderreißen wollte. Der selbständige Kampf der Kollegen ging gegen den Strich und wenn man — wie GTB-Kreuzmann — in den Aufsichtsgremien von AOK und Arbeitsamt sitzt, muß man noch nebenbei auf gute Bilanzen achten, wenig Ausgaben an die Arbeiter.

Die JASA-Arbeiter haben sich nicht auf die Gesetze, Gerichte, Regierungen und Gewerkschaften des kapitalistischen Staates verlassen, sondern ihren Kampf mehr und mehr auch gegen sie gerichtet. Ihre Erfahrungen zeigen: Dies ist der einzig richtige Weg für die Arbeiterklasse.

'Kostendämpfungsgesetz' in Kraft getreten

Auch Rentner und chronisch Kranke müssen jetzt zahlen

Am 1. Juli trat das sogenannte „Kostendämpfungsgesetz" in Kraft. Um die Verabschiedung dieses Gesetzes vorzubereiten, wird bereits seit längerer Zeit von den Politikern, von Vertretern der Ärzteverbände, von Kassenvertretern usw. die „Kostenexplosion" im Gesundheitswesen beschworen. Tatsächlich steigen die Kosten im Gesundheitswesen. Aber warum? Weil die Werktätigen zu viel zum Arzt gehen, weil sie möglichst viele Medikamente verschrieben haben wollen, weil sie viel zu lange im Krankenhaus liegen, wie die verschiedendsten Vertreter der Bourgeoisie behaupten?

Das genaue Gegenteil ist der Fall. Während sich Angehörige der Bourgeoisie, wie etwa Kanzler Schmidt, bereits bei einem Schnupfen von vier bis fünf Ärzten versorgen lassen, schleppen sich viele Werktätige selbst mit ernsthaften Krankheiten weiter zur Arbeit, werden sie, wenn sie zum Arzt gehen, mit Blitzuntersuchungen abgefertigt und häufig noch halbkrank aus dem Krankenhaus entlassen, — vorausgesetzt, sie hatten das Glück, dort überhaupt einen Bettenplatz ergattern zu können. Es gibt zahlreiche Untersuchungen darüber, daß ein beträchtlicher Anteil von Werktätigen, die in keinerlei ärztlicher Behandlung sind, eigentlich ins Krankenhaus gehören.

Nein, nicht die Werktätigen sind verantwortlich für die „Kostenexplosion" im Gesundheitswesen, sondern in erster Linie die Pharmaindustrie, die bei ihrem Geschäft mit der Krankheit riesige und jedes Jahr wachsende Profite macht, dann aber auch die Firmen, die die verschiedenen Behandlungsgeräte und Apparaturen herstellen usw. Und schließlich ist auch für einen beträchtlichen Teil von Ärzten die Krankheit der Werktätigen eine Quelle ständig wachsenden Reichtums. Sie, die bisher am Geschäft mit der Krankheit Unsummen verdient haben, werden das auch in Zukunft tun, trotz allem Gerede der Regierung, daß das Kostendämpfungsgesetz alle im Gesundheitswesen Betroffenen gleichermaßen treffen soll. Denn in Wirklichkeit laufen die gesamten Maßnahmen des neuen Gesetzes allein darauf hinaus, die kranken Werktätigen noch mehr auszuplündern als bisher, die Gesundheitsversorgung der Werktätigen noch mehr zu verschlechtern als bisher. Der „Rote Morgen" sprach über die Auswirkungen des „Kostendämpfungsgesetzes" mit einem praktischen Arzt aus dem Ruhrgebiet.

Frage: Was sind die einschneidensten Maßnahmen des neuen Gesetzes und wen betreffen sie vor allem?

Antwort: Die einschneidenste Maßnahme ist die Änderung der Rezeptblattgebühr. Hieß es zunächst, die ursprüngliche Rezeptgebühr von 2,50 DM solle auf 3,50 DM steigen, so stellt sich jetzt nach Verabschiedung des Gesetzes heraus, daß die Gebühr für die meisten Patienten erheblich mehr steigen wird. Denn in Zukunft wird man für jede einzelne Verordnung auf dem Rezept 1 DM bezahlen müssen. Und zwar gilt diese Regelung für alle Versichertengruppen, ausgenommen allein Kinder und werdende Mütter. Das heißt, jetzt müssen auch Rentner, Schwerbeschädigte, chronisch Kranke und Patienten, die länger als sechs Wochen krankfeiern, diese Rezeptgebühr zahlen. Wobei diese Gebühr in vielen Fällen 5, 6 und 7 DM pro Rezept betragen wird.

Frage: Ursprünglich war davon die Rede, daß bestimmte Patienten von dieser Rezeptblattgebühr befreit werden sollen. Wie sieht es jetzt damit aus?

Antwort: Vor allem chronisch kranke Patienten waren davon ausgegangen, daß sie diese Gebühr nicht zu bezahlen brauchten. Aber das stimmt nicht. Die einzige Ausnahme, von der gesprochen wird, sind die sogenannten Härtefälle. Nach der letzten Stellungnahme der Verantwortlichen sind das Personen, die weniger als 620 DM Einkommen haben und länger als drei Monate Medikamente brauchen. Übrigens sind wir Ärzte, geschweige denn die Patienten, nicht nur über diese Bestimmung des neuen Gesetzes nicht informiert worden, sondern auch über die anderen Bestimmungen nicht. Ich selbst zum Beispiel habe am 30. Juni in der Zeitung gelesen, daß am 1. Juli diese und jene Änderungen in Kraft treten sollen. Von der entsprechenden kassenärztlichen Vereinigung wurde erst für Mitte Juli eine ausführlichere Beschreibung der neuen Bestimmungen angekündigt. Offenbar wollte die Regierung bewußt die Werktätigen und auch die Ärzte mit diesem neuen Gesetz überrumpeln. Aber zurück zu den Auswirkungen dieses Gesetzes. Besonders schwerwiegend wirkt sich die Rezeptblattgebühr auf sogenannte Pflegefälle aus, die in der Regel besonders viele Medikamente und Verordnungen brauchen. Ich habe zum Beispiel eine Patientin mit einem Hirntumor, die auf einen ständigen Blasenkatheder angewiesen ist, Krankenunterlagen, verschiedene Salben und zahlreiche Medikamente braucht. Alles in allem benötigt sie ca. alle zwei bis drei Wochen 9-10 Mittel. Das heißt, sie muß jetzt alle zwei bis drei Wochen 9-10 DM pro Rezept bezahlen.

Frage: Welche Bestimmungen enthält das Gesetz außer der Rezeptblattgebühr noch?

Antwort: Die Folgen dieses Gesetzes sind zahlreich und im einzelnen im Moment noch gar nicht alle zu übersehen. Sehr schlecht wird sich die angeordnete Einschränkung bei der Verschreibung von Arzneimitteln für die Werktätigen auswirken, die vor allem bei sogenannten „geringfügigen Gesundheitsstörungen" gelten soll. Danach sind die Ärzte angewiesen, unter anderem keine Mittel gegen Erkältungskrankheiten, keine einfachen Schmerzmittel, keine Abführmittel, keine Vitaminpräparate usw. mehr zu verschreiben. Das heißt, gerade die Medikamente, die am häufigsten gebraucht werden, müssen die Patienten bzw. die Eltern für ihre kranken Kinder, in Zukunft selbst bezahlen. Auch die Verordnung von Vorsorgekuren soll erheblich eingeschränkt werden. Dadurch wird die Kluft zwischen den gesetzlich Versicherten, also den Werktätigen, und den Privatversicherten noch größer, denn bei den Privatversicherten gibt es solche befohlenen Einschränkungen natürlich nicht.

Bei der Familienversicherung werden einschneidende Änderungen dadurch eintreten, daß in den Fällen, wo beispielsweise die Frau Einnahmen hat, die 370 DM übersteigen und nicht einer gesetzlichen Krankenversicherung angehört, die Kinder nun nicht mehr automatisch versichert sind, sondern extra versichert werden müssen. Darüber hinaus gibt es zahlreiche weitere Kürzungen und Streichungen — bei der Rückerstattung von Fahrgeld, bei der Bezahlung von Haushaltshilfen, beim Sterbegeld usw. und so fort.

Aber auch dieses Gesetz wird nicht der letzte Angriff auf die Gesundheitsversorgung der Werktätigen sein. Bereits jetzt hat eine neue Propagandawelle begonnen, die gegen Patienten hetzt, die sich mit Alkohol, Nikotin, zu viel Essen usw. angeblich ihre Gesundheit selbst ruinieren und dafür auch verstärkt zur Kasse gebeten werden müßten. Schon jetzt spricht man davon, daß solche Patienten etwa einen höheren Krankenversicherungsbeitrag zahlen müßten.

Davon abgesehen werden auch die Konsequenzen, die sich aus dem Gesetz ergeben, die Lage der Werktätigen weiter verschlechtern. So ist schon jetzt klar, daß eine Erhöhung der Krankenkassenbeiträge ins Haus steht als Folge der Verlagerung von Leistungen der Rentenversicherung auf die Krankenversicherung. So ist schon jetzt klar, daß sich aus dem neuen Gesetz, das vorschreibt, daß die Krankenhäuser 10% ihrer Investitionen selbst tragen müssen, weitere Krankenhausschließungen ergeben werden, weil vor allem kleinere Krankenhäuser das nicht können.

Frage: Wie war die Reaktion der Patienten auf dieses Gesetz?

Antwort: Die Patienten waren empört. Noch nie wurde in meinem Wartezimmer so laut und wütend diskutiert wie in den Tagen, als die Bestimmungen des „Kostendämpfungsgesetzes" bekannt wurden. Zahlreiche Patienten, vor allem die besonders hart getroffenen Rentner, machten ihrem Herzen Luft und schimpften auf die Bonner Bonzen, die sich selbst die Diäten erhöhen und gleichzeitig den kleinen Mann und vor allem die Rentner, die sich am wenigsten wehren können, so unverschämt zur Kasse bitten.

Frage: Auch die Ärzteverbände haben ja gegen dieses Gesetz protestiert. Was ist von ihrem Protest zu halten?

Antwort: Die Proteste der Ärzteverbände (Kassenärztliche Vereinigung, Hartmannbund usw.) sind reaktionär. Ihnen geht es allein darum, ihre eigenen Privilegien und Geldquellen zu schützen. Die Gesundheitsversorgung der Patienten interessiert sie nicht. Das zeigt sich etwa daran, daß die Ärzteverbände keineswegs dagegen sind, daß sich die Patienten an den Krankenkosten selbst beteiligen müssen. Da sind sie im Gegenteil ausgesprochen dafür.

Frage: Wie würdest Du abschließend dieses Gesetz einschätzen?

Antwort: Dieses Gesetz wird, wie bereits gesagt, die Gesundheitsversorgung der Werktätigen weiter verschlechtern. Kranksein wird nach Inkrafttreten dieses Gesetzes noch teurer werden. Mehr denn je wird in Zukunft gelten: Wer arm ist, muß früher sterben. An diesem Gesetz zeigt sich in aller Deutlichkeit, was von unserem angeblichen „Sozialstaat" zu halten ist: Er sichert die Profite derjenigen, die am Gesundheitswesen verdienen, und plündert dafür die Werktätigen aus und setzt im vollen Bewußtsein der gefährlichen Konsequenzen ihre Gesundheit noch mehr aufs Spiel als bisher.

RM: Mit anderen Worten: Der kapitalistische Staat erweist sich mit diesem Gesetz erneut als der gefährlichste Feind der Gesundheit der Werktätigen. Dieser kapitalistische Staat, dem Gesundheit und Leben der Werktätigen keinen roten Heller wert sind, hat nichts anderes verdient, als in der sozialistischen Revolution gestürzt und zerschlagen zu werden. Unterstützen wir deshalb die Kämpfe der Werktätigen gegen das miserable kapitalistische Gesundheitssystem mit dem Ziel, sie im Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland mit einer Gesundheitsversorgung im Interesse des Volkes zusammenzuschließen.

Revisionistisches

KINDERMUND TUT WAHRHEIT KUND

Vor einiger Zeit brachte WDR III die Sendung „Politkram", in der vor allem über Essener und Bottroper Revisionisten von der D„K"P berichtet wurde. Neben langen Monologen des Erzrevisionisten Kapluck wurden u. a. auch Interviews mit einer Kindergruppe von der D„K"P gemacht. Auf die Frage des WDR-Reporters, wo die DDR liege, antwortete ein etwa 10jähriges Mädchen:

„Die DDR, die liegt doch in Moskau."

Der Reporter hakte nach und wollte wissen, wie sie denn darauf käme. Prompte Antwort des Mädchens:

„. . . weil dort die Bonzen sind."

Sogleich versuchte der WDR-Reporter, die ‚peinliche' Situation — die Leiterin der D„K"P-Kindergruppe war auch anwesend — etwas zu dämpfen, indem er zweifelte: „Ja, ich dachte, in der DDR gibt es keine Bonzen."

„Hm...", druckste zunächst das Mädchen herum — offensichtlich etwas verwirrt durch das Gefühl, ins Fettnäpfchen getreten zu sein — bestätigte jedoch sofort noch einmal ihre vorherige Feststellung: „Na ja, vielleicht keine Bonzen . . . aber ich meine, dort sind die Obersten, die was zu sagen haben."

IN DEN HÖHEREN REGIONEN DER KUNST

Auf der diesjährigen „documenta" in Kassel sind auch die Werke einiger Künstler aus der DDR ausgestellt. Mehrere waren sogar selbst angereist, um ihre Kunstwerke vorzustellen. Unter ihnen war auch der Vorsitzende des Künstlerverbandes der DDR, Willi Sitte. Die Künstler aus der DDR und ihre Produkte paßten nahtlos in den Rahmen dieser Mammutschau bürgerlicher Kunst. Von sozialistischem Realismus, vom Leben und vom Kampf der vom Kapital und vom Imperialismus ausgebeuteten und unterdrückten werktätigen Massen, vom Kampf für die proletarische Revolution und den Sozialismus ist in den Werken der Künstler aus der DDR nichts zu spüren. Sie stehen auf der Seite der Ausbeuterklassen, der neuen ostdeutschen Bourgeoisie, für die Kunst ein Mittel ist, um die Massen zu betrügen und ihren Kampf gegen die neue Ausbeuterordnung zu unterdrücken.

In der Kunst der DDR finden wir dagegen alle Stilrichtungen der Kunst der westlichen kapitalistischen Länder. Die Lebensweise dieser Künstler ist den Werktätigen fremd, und der Jargon, in dem sie über ihre Kunst sprechen, gleicht dem unverständlichen Kauderwelsch der „Pop-Artisten", „Objekt-Kunst-Hersteller", der „Macher" und anderer Scharlatane aus den westlichen kapitalistischen Ländern. So ließen sie sich z. B. in einem Interview folgendermaßen vernehmen: „Eine Beschreibung von Ich-Wirklichkeit, eine Definition seitens der Künstler wäre wünschenswert." Oder: „Eine Kritik zu lesen, interessiert mich eigentlich wenig, wichtiger ist für mich, daß die Kunstkritik Denkräume öffnet, des Empfindens und Polarisierens zeigt und anregt . . ." „Ich-Wirklichkeit", „Denkräume des Empfindens und Polarisierens" — so sprechen keine kommunistischen Künstler. Das ist das Kauderwelsch bürgerlicher Künstler, die den Klassencharakter der Kunst leugnen und stattdessen zahlreiche möglichst dunkle und verworrene Definitionen parat haben, um die Kunst als Ausdruck der „Empfindungen", geheimnisvoller Vorgänge, die sich angeblich in der Seele des Künstlers abspielen, darzustellen.



Revisionistische „Kunst"

Kein Wunder, daß die Künstler aus der DDR betreten schweigen mußten, als ihnen die Frage nach der Aufgabe der Kunst in der sozialistischen Gesellschaft, beim Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus, gestellt wurde. „Das ist natürlich eine Frage, die . . . eigentlich nicht zu beantworten ist", winden sie sich.

Wer in den „höheren" Regionen von „Ich-Wirklichkeit" schwebt, den kann natürlich eine solche Frage nur verwirren. Was aber, wenn sie die rauhe Wirklichkeit des Klassenkampfes eines Tages unsanft aus ihrem Wolkenkuckucksheim herunterholen wird? Hoffentlich ist dieser Schock für ihre zarten, empfindsamen Seelen dann nicht allzu groß.

Vom Aufbau des Sozialismus

7. KONGRESS DES VERBANDES DER JUGEND DER ARBEIT ALBANIENS

Vom 26. bis 29. September 1977 wird im Hüttenkombinat in Elbasan der 7. Kongreß des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens stattfinden. Das beschloß das Zentralkomitee des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens, das am 5. 7. 77 zusammentrat. „Auf dem Kongreß", sagte die erste Sekretärin des Jugendverbandes auf dem ZK-Plenum unter anderem, „werden die Aufgaben des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens festgelegt werden, um die Beschlüsse des 7. historischen Parteitages in die Tat umzusetzen, die Jugend in den kommunistischen Idealen und im guten revolutionären Geist zu erziehen, um die Führung der Partei in der gesamten Tätigkeit des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens zu garantieren, um die Aufgaben des 6. Fünfjahrplans zu erfüllen, um den Klassenkampf konsequent zu führen, um die Rolle der Jugend bei der Festigung der Diktatur des Proletariats und bei der Verteidigung des Vaterlandes zu stärken."

Bereits vor der Zusammenkunft des ZK des Jugendverbandes hatte Genosse Enver Hoxha vor dem Politbüro des ZK der PAA in einer Rede zum Bericht über die Tätigkeit des Jugendverbandes Stellung genommen. In dieser Rede, die von allen albanischen Zeitungen Mitte Juli abgedruckt wurde, betonte Genosse Enver Hoxha die große Bedeutung des bevorstehenden Kongresses des Jugendverbandes. „Die junge Generation", betonte Genosse Enver Hoxha, „spielt eine bedeutende und entscheidende Rolle beim Aufbau des Sozialismus und bei der weiteren Festigung der Diktatur des Proletariats. Die Aufgabe der Partei und ihres Jugendverbandes ist es deshalb, die Jugend im Sinne der marxistisch-leninistischen Ideologie zu erziehen. Dabei ist es von besonderer Bedeutung, die Jugend zur Verteidigung der Diktatur des Proletariats und zur Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes zu erziehen."

FEIERN ZUM 34. JAHRESTAG DER GRÜNDUNG DER ALBANISCHEN VOLKSARMEE

Am 10. Juli feiert die Volksarmee der Sozialistischen Volksrepublik Albanien, das ganze bewaffnete Volk mit berechtigtem Stolz über die großen Erfolge auf allen Gebieten und mit der unerschütterlichen Entschlossenheit, die historischen Beschlüsse des 7. Parteitages der PAA in die Tat umzusetzen, den 34. Jahrestag der Bildung der albanischen Volksarmee. Der 10. Juli 1943, als der Generalstab der Nationalen Befreiungsarmee gebildet wurde, ist in die Geschichte Albaniens als Tag der Bildung der Volksarmee eingegangen.

Die Nationale Befreiungsarmee und das aufständische albanische Volk waren in der Lage, aus eigener Kraft die volle Befreiung des Landes und den Triumph der Volksrevolution zu erreichen.

Die albanische Volksarmee diente nicht nur als entscheidende Waffe, um die strategischen Ziele im antifaschistischen nationalen Befreiungskampf, der eine große Volksrevolution war, zu erreichen, sondern auch, um die in diesem Kampf und beim sozialistischen Aufbau errungenen Siege zu verteidigen. In der stählernen Einheit Armee-Volk-PAA liegt auch heute die Kraft und Unbesiegbarkeit des Soldatenvolkes in Albanien, die zuverlässige Verteidigung der großen Siege der Volksrevolution und des sozialistischen Aufbaus.

Aus Anlaß des Feiertags am 10. Juli fanden in der Hauptstadt und in einigen Bezirken des Landes Festveranstaltungen statt, auf denen über den ruhmreichen kämpferischen Weg der Volksarmee unter Führung der PAA und des Genossen Enver Hoxha gesprochen wurde.

Prozess gegen Karl-Heinz Roth und Roland Otto

Lebenslange Haftstrafen forderte die Staatsanwaltschaft am 13. 7. 77 in ihren Plädoyers im Prozeß gegen Karl-Heinz Roth und Roland Otto. Die Anklage lautet auf Mord und versuchten Mord an zwei Polizeibeamten. Das, obwohl auch die Staatsanwaltschaft davon ausgeht, daß keiner der beiden Angeklagten auch nur einen einzigen Schuß abgegeben hat.

Wegen dieser Anklage, die für jeden normalen Menschen wie ein reiner Willkürakt klingt, saßen beide Angeklagten mehr als zwei Jahre in Untersuchungshaft, wurden sie behandelt wie Schwerverbrecher, wurden sie auch von der bürgerlichen Presse bereits vor dem Prozeß als Mörder abgestempelt.

Beide Angeklagten wurden nach einer Schießerei im Mai 1975 in Köln verhaftet. Damals hatte die Polizei, als sie im Rahmen einer Verkehrskontrolle die Personalien von Karl-Heinz Roth, Roland Otto und Werner Sauber prüfte, vom Polizeipräsidium



Mai 1975: Karl-Heinz Roth ist durch Polizeischüsse lebensgefährlich verletzt.

einen Hinweis bekommen, daß es sich um „Terroristen" handeln könnte. Daraufhin wurde Verstärkung angefordert. Werner Sauber, der aufgefordert wurde, das Auto zu verlassen, versuchte zu fliehen. Ein Polizist schoß, Sauber schoß zurück. Gleichzeitig schoß die Polizei auch in das Auto. Karl-Heinz Roth fiel, in den Bauch getroffen, aus dem Auto heraus, erhielt, schon am Boden liegend, einen zweiten Schuß in die Lunge. Roland Otto, der hinten im Auto saß, stieg, ohne Widerstand zu leisten, aus. Polizei und Staatsanwaltschaft stellten diese Tatsachen auf den Kopf. Sie behaupteten, Sauber habe zuerst geschossen, seine Schüsse seien vorher mit den anderen Wageninsassen abgesprochen gewesen und auch Roth habe, bereits schwer verletzt am Boden liegend, noch auf einen Polizisten schießen wollen. Die Tatsache, daß sowohl Roth als auch Otto mit Pistolen bewaffnet waren, wird also „Beweis" für deren „Tötungsabsicht" genommen.

Um diese Version aufrechterhalten zu können, wurde jeder Versuch, die Tatsachen wirklich auf den Tisch zu bringen, abgewürgt. So wurden zwar viele Polizeizeugen vernommen, ein Pressefotograf aber, der noch vor dem Rettungswagen am Tatort war, wurde weder von der Polizei noch von der Staatsanwaltschaft als Zeuge befragt. Von den 216 Tatortfotos, die er machte, kamen nur sechs zu den Akten. Genauso ignorierte die Klassenjustiz diejenigen Fotos, die zeigen, daß Roths Pistole noch bei seinem Abtransport mit dem Krankenwagen in seinem Hosenbund steckte, er also unmöglich damit geschossen haben konnte. Weiterhin wurde ein internes Fernschreiben des Polizeipräsidiums Köln über den Tathergang im Mai 1975 nicht in den Prozeß eingeführt, obwohl bekannt war, daß Polizeizeugen es vorher gelesen hatten usw.

Aber alle diese Maßnahmen, um die Wahrheit zu vertuschen, konnten doch nicht verhindern, daß die völlige Haltlosigkeit der Anklage im Prozeß völlig offen zu Tage trat. So sah sich schließlich sogar das Gericht gezwungen, unter Hinweis darauf, daß kein dringender Tatverdacht bestehe, die Haftbefehle gegen die beiden Angeklagten aufzuheben.

Wenn die Staatsanwaltschaft trotzdem lebenslange Haftstrafen für die beiden Angeklagten fordert, weil sie Mörder seien, dann zeigt das in aller Offenheit, welche Interessen sie als „Anwalt des Staates" vertritt: Menschen zu verfolgen und ins Gefängnis zu bringen, die in den Augen dieses kapitalistischen Staates „Terroristen" sind, politische Feinde dieses Staates. Um diese Interessen wahrzunehmen, scheut die Klassenjustiz auch nicht davor zurück, die Wahrheit und die Tatsachen offen auf den Kopf zu stellen und — wie im Plädoyer der Staatsanwaltschaft geschehen — ein reines Terrorurteil zu fordern.

Faschistische Militärjunta in Argentinien

Kaltblütiger Mord an E. Käsemann

Seit dem Putsch im März 1976 hat die faschistische Militärjunta in Argentinien Hunderte von Revolutionären, Antifaschisten und aufrechten Patrioten eingekerkert, gefoltert oder kaltblütig ermordet. Zu den Opfern des faschistischen Terrorregimes, hinter dem die amerikanischen Imperialisten stehen, gehören nach offiziellen Angaben auch 35 Bürger der Bundesrepublik.

Am 2. Juni meldeten die Zeitungen in Argentinien in großer Aufmachung, daß am 24. Mai 15 Untergrundkämpfer bei einem Feuergefecht mit der Polizei ums Leben gekommen seien. Unter ihnen habe sich auch die Tübinger Soziologiestudentin Elisabeth Käsemann befunden. Diese Meldung hat sich inzwischen als vollständige Lüge des faschistischen Regimes entlarvt. Es besteht kein Zweifel daran, daß Elisabeth Käsemann nach ihrer Verhaftung im Gefängnis kaltblütig erschossen worden ist.

Zeugenaussagen zufolge war Elisabeth Käsemann schon im März von den faschistischen Behörden verhaftet worden, weil sie angeblich Kontakt zu revolutionären Organisationen unterhalten habe. Nachdem ihr Vater von der Verhaftung erfahren hatte, nahm er über die Botschaft der Bundesrepublik in Buenos Aires Kontakt zu den Behörden auf.

Am 20. Mai bestätigte die argentinische Polizei, daß Elisabeth Käsemann verhaftet ist und stellte ihre Freilassung gegen eine Kaution in Aussicht. Am 24. Mai befindet sie sich angeblich in Freiheit, hat sich angeblich einer Gruppe von Untergrundkämpfern angeschlossen, wird angeblich bei einem Feuergefecht mit der Polizei erschossen. Wer soll das glauben? Nein, Elisabeth Käsemann wurde im Gefängnis ermordet.

Elisabeth Käsemann ist nicht der einzige Fall dieser Art. Im März 1976 wurde der Student Klaus Zieschank von bewaffneten Zivilpolizisten in ein Auto gezerrt. Seitdem ist er verschwunden. „Verschollen", lautet die offizielle Version. Angeblich ist er bei einem Autounfall in den chilenischen Anden ums Leben gekommen. „Verschollen", heißt es auch bei den Studenten Peter Falk und Max Wettengel, von denen ebenfalls jede Spur fehlt.

Die Bundesregierung hat bisher nichts getan, um die Verhafteten freizubekommen und das Schicksal der „Verschollenen" aufzuklären. Sie begnügte sich mit einigen formalen Protesten und Anfragen, die selbstverständlich ohne Wirkung geblieben sind. Diese Haltung der Bonner Regierung ist kein Zufall. Wie zu den Faschisten und Reaktionären überall in der Welt, unterhalten die westdeutschen Imperialisten auch zu dem argentinischen Terrorregime beste Beziehungen. Schließlich garantiert dieses Regime den westdeutschen Monopolen à la Daimler-Benz, Siemens und anderen durch die faschistische Diktatur die brutale Ausbeutung der argentinischen Arbeiterklasse.

Was kümmert die Imperialisten das Schicksal einiger „Verschollener" und Verhafteter, wenn es ums Geschäft geht? In dieser Woche meldeten die Zeitungen, daß Argentinien mit der Produktion eigener Panzer begonnen habe. Die Motoren dazu liefert der Kasseler Rüstungskonzern Henschel.

Schreibt den Genossen in Haft

Klaus Kercher, 7100 Heilbronn, JVA, Steinstr. 21

Alexander Haschemi, 8910 Landsberg, JVA, Hindenburgring 2

Martin Peleikis, 2350 Neumünster, JVA, Boostedterstr. 30

Manfred Schönenberg, 5952 Attendorn, JVA

Wolfgang Brod, 4400 Münster, JVA, Gartenstr. 26

Schluß mit der Bespitzelung und Kriminalisierung streikender Studenten!

Im Wintersemester 76/77 standen die Westberliner Studenten im Streik gegen die politische Unterdrückung. Der Höhepunkt des Streiks war erreicht, als über 50.000 Studenten von allen Hochschulen sich an ihm beteiligten. 22.000 nahmen am 1. Dezember 1976 an einer Demonstration teil, die unter fortschrittlichen Parolen stand. Der Angriff der Bourgeoisie, das Berufsverbot gegen zwei fortschrittliche Germanistikdozenten, an dem sich der Streik entzündet hatte, wurde abgewehrt.

Inzwischen aber hat die Klassenjustiz einen Straffeldzug von bisher nicht gekanntem und unabsehbarem Ausmaß gestartet. Allein an der Freien Universität (FU) wurden 27 (bekannt gewordene) Ordnungsverfahren verhängt, von denen bis jetzt 15 vom Ordnungsausschuß der FU entschieden wurden. In zwölf Fällen wurden Relegationen ausgesprochen, so auch gegen den Genossen des KSB/ML, Wolfgang Mentzel.

Ausgesprochen wurden die Relegationen vom Ordnungsausschuß, der ein faschistisches Sondergericht ist, das dem Angeklagten nicht die geringsten Rechte einräumt, das die politische Haltung beurteilt, ob man die revolutionäre Gewalt verteidigt oder sie ablehnt, sich von ihr distanziert und sie bekämpft, wie die Revisionisten der SEW/ADS. Ein Sondergericht also, das die Aufgabe hat, die revolutionären Studenten möglichst schnell, ohne erst die „normale" Klassenjustiz bemühen zu müssen, von der Universität zu säubern.

Und das Verwaltungsgericht, die sogenannte Revisionsinstanz? Auch hier haben die Angeklagten keine Chance. Das erfuhren z. B. vier Studenten, die wegen „Gewaltanwendung" und „Gewaltandrohung" für vier Semester relegiert worden waren und das Verwaltungsgericht angerufen hatten. „Wegen der Schwere der vom Ordnungsausschuß festgestellten Pflichtverletzungen", und weil der Ordnungsausschuß sie angeblich „überführt" habe, bekamen diese Studenten auch vor dem Verwaltungsgericht kein Recht. Selbst das FU-offizielle „INFO" muß die Chancenlosigkeit der Studenten vor der Justiz zugeben: „In sieben Fällen wurde jedoch ... die FU per Gerichtsbeschluß angewiesen, die von Amts wegen erfolgte Exmatrikulation wieder aufzuheben. Grund für diese Verwaltungsgerichtsentscheidungen waren z. T. gravierende Formfehler. ... Das wird sich jedoch bald korrigieren lassen, und es ist nicht anzunehmen, daß diese Studenten ein zweites Mal mit ihrem Einspruch durchkommen werden."

Außerdem wird immer mehr dazu übergegangen, fortschrittlichen und revolutionären Studenten — unabhängig von universitären Ordnungsverfahren — Strafverfahren durch die Klassenjustiz anzuhängen. Deshalb verschickt neuerdings an der FU die politische Polizei Briefe an Studenten und Tutoren (studentische Hilfskräfte für die Professoren) mit der Aufforderung, Studenten zu denunzieren, die sich aktiv am Streik beteiligt haben. Einer dieser Briefe lautet:

> Der Polizeipräsident in Berlin
>
> Betr.: Ermittlungsverfahren wegen Nötigung gegen Unbekannt
>
> Bezug: Schreiben des Prof. Dr. Schmidt vom 2. 12. 1976 an Herrn Prof. Dr. Langhorst bezüglich der am 2. 12. 76 angesetzt gewesenen Lehrveranstaltung am Institut für Physiologie, dessen Eingang durch Streikposten versperrt gewesen sein soll, weshalb die Lehrveranstaltung nicht durchgeführt werden konnte.
>
> Im Auftrag der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin führe ich wegen des im Betreff genannten Vorkommnisses ein Ermittlungsverfahren. AZ. 1 P Js 107/77.
>
> Aufgrund des derzeitigen Ermittlungsstandes sollen Sie von diesem Ereignis Kenntnis haben.
>
> Um Ihnen den Weg zur hiesigen Dienststelle zu ersparen, und um Ihre Zeit nicht mehr als notwendig in Anspruch zu nehmen, werden Sie gebeten, sich zu dem o. a. Vorkommnis schriftlich zu äußern.
>
> Darüber hinaus wären zur Klärung des Sachverhalts folgende Fragen von Bedeutung:
>
> 1. Waren Sie selbst Zeuge?
> 2. Haben Sie durch Dritte davon Kenntnis erhalten?
> 3. Können Sie Personen benennen, die als Täter oder Zeugen in Frage kommen könnten?
> 4. Würden Sie bei Lichtbildvorlage bzw. Gegenüberstellung Beteiligte wiedererkennen?
> 5. Können Sie sonstige zweckdienliche Angaben machen?
> 6. Schildern Sie bitte ausführlich den unter Bezug genannten Sachverhalt.
>
> Sollten Sie den Wunsch haben, Ihre Angaben im Rahmen einer direkten Vernehmung bei der Polizei zu machen, so bitte ich um Ihren Anruf zwecks Vereinbarung eines Termins. Für evtl. Rückfragen stehe ich Ihnen jederzeit zur Verfügung.
>
> Hochachtungsvoll
> Im Auftrage
> (Unterschrift)
> (Peters) KOM

Das spricht für sich. Ist dann gegen einen Studenten Anzeige erhoben und der Betroffene als Revolutionär der Bourgeoisie bekannt, kümmert sie sich mit der nur ihr eigenen „Fürsorge" um ihn. Dazu ist auf dem Höhepunkt des Streiks eigens eine Stelle eingerichtet worden. So verschickte ein Sozialarbeiter, Herr H. Reuter, seines Zeichens Gerichtshelfer beim Senator für Justiz, z. B. folgenden Brief mit dem Aktenzeichen B-IV-1057/77 an einen mit einem Strafverfahren belegten Studenten:

> Ich bin von der Staatsanwaltschaft beauftragt, im Rahmen des gegen Sie eingeleiteten Strafverfahrens über Ihre persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse Erkundigungen anzustellen und über das Ergebnis zu berichten. Insbesondere habe ich die Umstände festzustellen, die für eine Strafzumessung von Bedeutung sind. Ermittlungen zum Tatvorwurf gehören nicht zu meiner Aufgabe. In einem Gespräch mit Ihnen möchte ich Ihren persönlichen und beruflichen Werdegang, Ihre Familiensituation, Ihre wirtschaftliche Lage sowie Ihren gesundheitlichen Zustand zur Erörterung bringen.

Darüber hinaus soll der Student Zeugnisse und Zahlungsunterlagen vorlegen. Unter dem Deckmantel des Entgegenkommens soll hier eine lückenlose Personalakte angelegt werden. Die Staatsschützer spekulieren außerdem offensichtlich darauf, daß die Studenten sich einschüchtern lassen, daß sie sich unter der Drohung, von Ordnungsverfahren, Strafverfahren, Berufsverbot und Knast dazu hergeben, die erwünschten Auskünfte zu liefern, um dann vielleicht noch einmal davonzukommen.

Diese verschärfte politische Unterdrückung der fortschrittlichen Studenten, die sich nicht nur in Westberlin findet, sondern auch an anderen Universitäten, ist der Versuch der Bourgeoisie, eine von ihr gefürchtete, machtvolle revolutionäre Studentenbewegung bereits im Keim zu ersticken. Aber dieser Versuch der Bourgeoisie ist zum Scheitern verurteilt. Das hat sich bereits in den letzten Monaten gezeigt, in denen die Studenten die politischen Unterdrückungsmaßnahmen der Universitätsbürokratien und ihres kapitalistischen Staates keineswegs widerstandslos hinnahmen, sondern sie mit mutigen und entschlossenen Kämpfen beantworteten, an denen sich tausende von Studenten beteiligten.

Korrespondenzen

Redaktion „Roter Morgen"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
46 Dortmund 30

Gedenktafel errichtet

Am 2. Juli stellten wir in Neumünster eine Gedenktafel zu Ehren der Genossen Rudolf Timm (Vorsitzender der KPD-Ortsgruppe Neumünster) und Christian Heuck (Funktionär und Reichstagsabgeordneter der KPD) auf. Beide Genossen wurden 1934 von den Hitlerfaschisten im Neumünsteraner Gefängnis ermordet. An einer Veranstaltung aus diesem Anlaß nahmen 25 Freunde und Genossen teil.



Während der 850-Jahr-Feier der Stadt Neumünster, die im Juni stattfand, hatten die „Stadtväter" kein Wort über die Zeit des Hitlerfaschismus verloren, kein Wort über die Kämpfe der Arbeiterklasse und die gefallenen Kämpfer. Sie hatten nur an ihre „Heldentaten" gedacht. Deshalb griffen wir in diese Feierlichkeiten ein und entlarvten sie als Feiern der Reichen und Bonzen, zeigten auf, welche Bedeutung eine 850-Jahr-Feier für die Arbeiterklasse hat.

In dem gleichen Gefängnis, in dem 1934 die beiden Genossen Rudolf Timm und Christian Heuck ermordet wurden, sitzt heute wieder ein politischer Gefangener: unser Genosse Martin Peleikis, verurteilt zu sieben Monaten Gefängnis, wegen eines antimilitaristischen Flugblatts der KPD/ML. „Das zeigt", so hob ein Sprecher der KPD/ML bei der Errichtung der Gedenktafel hervor, „daß dieser Staat in seinem Wesen der gleiche ist wie 1934. Was sich geändert hat, ist die Fassade: er nennt sich heute Demokratie." Und weiter: „Wenn wir heute der vom Hitlerfaschismus ermordeten Kämpfer der KPD gedenken, so ist das für uns gleichzeitig eine Verpflichtung, ihren Kampf für den Sturz des Kapitalismus, für die sozialistische Revolution fortzusetzen." Anschließend formierten wir uns zu einer Demonstration zum Gefängnis, um dort eine Kundgebung für die Freilassung von Martin abzuhalten.

„Weg mit dem Schrott!"

Seitdem in Kassel die Narrenfreiheit ausgerufen wurde, das heißt, seitdem einige Nackte, die sich öffentlich weiß anmalen, nicht mehr die Sanitäter, sondern Pressefotografen und „Kunstkritiker" auf den Plan rufen, ist die Innenstadt immer bis spät in die Nacht belebt. Exotisch gekleidete „documenta"-Besucher, heimkehrende Diskothekenbesucher, zivile Polizeistreifen und Wach- und Schließmänner mit Hunden streunen noch um die „Kunstwerke" herum.

So fiel auch am späten Abend des 8. Juli eine Gruppe junger Leute nicht auf, die zwischen dem 1.000-Meter-Bohrturm und dem Kunstwerk „Terminal", vier großen rostigen Stahlplatten, herumschlenderte. Eine Zivilstreife, die ohne Licht an die Wiese herangefahren war, fuhr dann auch bald weiter. Nur ein Wach- und Schließmann mit seinem Hund überschaute noch die Wiese mit den jungen Leuten und mehreren Passanten. Doch er dachte sich wohl nichts weiter dabei, als einer aus der Gruppe an eine Stahlplatte herantrat. Wenige Sekunden später gingen diese Leute ja dann auch direkt an ihm vorbei und verschwanden, eifrig über Kunst an und für sich diskutierend. Die Parole an der Stahlplatte in großen weißen Buchstaben: „Weg mit dem Schrott! KPD/ML" schien schon immer dagestanden zu haben.

Wenig später besuchten die gleichen jungen Leute ein „Kunstwerk" in der Karlsaue, das aus Holztürmen und Wänden bestand und einer Hollywood-Westernstadt glich. Diese war gerade von einer Gruppe leicht Betrunkener verlassen worden. So war der Wach- und Schließmann, der dieses „Kunstwerk" einsam mit seinem Hund bewachen mußte, vielleicht ganz froh, so viel Gesellschaft zu haben. Allerdings wurde ihm das Treiben dieser Menschen mit der Zeit immer verdächtiger. Sie leuchteten mit Streichhölzern in die Holztürme hinein und lachten in einem fort. Ständig liefen sie hin und her. Er wachte aufmerksam und gespannt. So gespannt, daß ihm das leise Zischen hinter einer Holzwand, auf der Seite, die die Spaziergänger in der Aue gut sehen konnten, ganz entging.

Nachdem die Gruppe fort war, blieb er noch lange zwischen den Türmen stehen und leuchtete sie mit der Taschenlampe aus. Doch es war nichts festzustellen. Um die Wände herum ging er nicht. Dort stand mit großen roten Buchstaben: „Nieder mit der Kapitalistenkunst! — KPD/ML."

Faschistentreffen in Frankfurt

Ergänzung zu dem Artikel „Kampf gegen nationales Faschistentreffen in Frankfurt" (RM 25/77):

Inzwischen wurden weitere Aktionen aus der Bevölkerung, die den Haß und die Empörung über diese ungeheure Provokation ausdrücken, bekannt:

— Auf dem Römer wurde die Fahne der Faschisten heruntergeholt und mehrere Plakattafeln zusammengetragen und verbrannt;

— Buchtische der NPD wurden umgeworfen;

— Nach der Kundgebung — so berichtete ein Augenzeuge im Buchladen „Roter Morgen" — mußte der PKW, in dem der Oberredner der Faschisten, Mußgnug, saß, an einer roten Ampel halten. Aus einem daneben haltenden Auto sprang ein junger Mann und versetzte dem Faschistenauto wütende Fußtritte. Als Mußgnug empört ausstieg, bekam er von dem jungen Mann ein Auge blutig geschlagen. Dieser wurde daraufhin von fünf herbeieilenden Polizisten zusammengeschlagen und verhaftet. Er soll eine Anzeige wegen versuchten Mordes erhalten. Der Augenzeuge, der dies berichtete, wollte sich als Zeuge für den jungen Mann zur Verfügung stellen.

— Auf der Fahrt vom Römer durch die Stadt zurück zu ihrem Abmarschort wurden Busse der Faschisten mit Steinen bombardiert u. a. m.

Rot Front! Genossen aus Frankfurt.

Parteiveranstaltung

Hamburg: 23. 7., 18.00 Uhr, Zum Alten Sängerheim, Ölkersallee, Arbeitstreffen zur revolutionären Kunst und Kultur

Ein Beitrag zum Artikelwettbewerb des 'Roten Morgen'

Nur eine Parole...

Der Beitrag zum Artikelwettbewerb, den uns Genosse Martin Peleikis sandte, schildert die ersten Tage seiner Haft. Martin wurde zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt, weil er der presserechtlich Verantwortliche für ein antimilitaristisches Flugblatt der Partei war.

Sie verhafteten mich, als ich gerade eine Kiste vom Wagen herunterhob. In Kitzeberg, einem Kieler Bonzenviertel.

Ich fragte: „Kann ich hier meine Arbeit noch beenden, ich muß noch kassieren?"

Nein, ich hätte lange genug wissen müssen, daß sie mich holen würden. Mein Chef war informiert. Von ihm hatten sie meine Tour erfahren. Sie wußten, daß es hier draußen beim Kunden am besten war. Keine Kollegen, keine Nachbarn, keine Zeugen.

Ich saß dann auf dem Rücksitz des Zivilwagens, und wir warteten, daß der Lieferwagen, mit dem ich unterwegs war, abgeholt würde. Mein Chef kam persönlich, mit seinem „Stellvertreter". Er nahm die Tageskasse und den Wagenschlüssel. Drückte mir die Hand. „Mußte es so weit kommen?"

Zehn Tage später sollte ich ein Schreiben von ihm erhalten, über einen Gerichtsvollzieher. „...Hierdurch kündigen wir Ihnen das zwischen uns bestehende Arbeitsverhältnis fristlos. ... vorsorglich beim Arbeitsgericht Kiel beantragt, die erforderliche Zustimmung des Betriebsrates zur fristlosen Kündigung zu ersetzen."

„Den sind wir los!", dachte der Chef. „Es ist schon besser so!" Einmal schon hatten sie mich entlassen wollen, unter anderem wegen dieser Angelegenheit. Doch die Kollegen ließen das nicht zu. Ich war ihr Betriebsrat. Ein Roter Betriebsrat.

Die Fahrt ging zum Polizeipräsidium, zur berüchtigten „Blume". Ein paar persönliche Sachen durfte ich abgeben und mit meiner Frau telefonieren. „Hallo, Gila? Ich bin hier auf der ‚Blume'. Dann geht's nach Harm's Hotel. Donnerstag nach Neumünster. Halt die Ohren steif! Grüß alle!"

Ich dachte an meinen kleinen Sohn, meine Frau, die Kollegen, Genossen, Nachbarn. Zu sieben Monaten hatten sie mich verurteilt, vor anderthalb Jahren. Ich sollte für ein Flugblatt verantwortlich sein, das von der Roten Garde, der Jugendorganisation meiner Partei, an Soldaten in Schleswig verteilt wurde. Ein antimilitaristisches Flugblatt. In ihm wurde der Kampf gegen den imperialistischen Krieg und gegen die imperialistische Bundeswehr propagiert. Die Soldaten wurden darin aufgefordert, im Ernstfall die Gewehre umzudrehen. Das war öffentliche Aufforderung zur Meuterei, verfassungsfeindliche Einwirkung auf die Bundeswehr. Ein Verfahren ohne Berufungsmöglichkeit, die Revision lehnte der BGH ab; „offensichtlich unbegründet", hieß es. Ich war schon verurteilt, bevor es zum Prozeß kam. Ein Riesenpolizeiaufgebot, der Gerichtssaal eine reine Mausefalle. Ich dachte an unseren Genossen Routhier, der in Duisburg bei einer Arbeitsgerichtsverhandlung von der Polizei totgeschlagen wurde. Einmal verhafteten sie mich, holten mich aus einer Betriebsratssitzung. Vier Tage U-Haft. Meines Erachtens ein reiner Racheakt. Sie dachten, sie hätten einen „großen Fisch". Ich hatte „mein" Flugblatt verteidigt. Wir drängten die „Ankläger" in die Ecke. Sie schlugen mit dem Urteil hart zu. Sieben Monate. „Aus seiner Gesinnung läßt sich schließen, daß er auch nach Verbüßung seiner Strafe wieder Straftaten begehen wird", sagte der Richter. Ohne Bewährung! Für ein Flugblatt! Ein Klassenurteil!

Ich bin Kommunist, kein Krimineller. Jetzt bin ich politischer Gefangener.



Der Buchladen in Kiel direkt nach der Verhaftung Martins

Ich war noch etwas durcheinander, als ich in Kiel ins Gefängnis kam. Das war jetzt schon das zweite Mal, daß ich ein Gefängnis von innen sah. Diesmal für längere Zeit. Dreckig war es da. Eine Nacht teilte ich mit einem Rocker. Versuchter Totschlag, 4 1/2 Jahre. Das war Harm's Hotel, dann ging's ab nach Neumünster.

In der Kammer war mein Koffer. Toilettensachen, sonst voll mit marxistisch-leninistischer Literatur. Das sind keine Fachbücher! Dafür muß man erst Anträge stellen.

Zugangszelle. Einzelhaft. Bett, Tisch, Stuhl, Schrank, Waschbecken, Toilette ohne Brille und ein Guckloch in der Tür. Gitter vor dem Fenster. Man muß aufs Bett steigen, um herauszusehen. Eine Karte wartete hier schon auf mich. Ein erster Gruß. „Eine lange Zeit, aber in Anbetracht der hellen Zukunft im Sozialismus wirst Du sie sicher leicht ertragen." Das war gut. Das richtet auf.

Morgens Mischkaffee, Weißbrot, Margarine, mittags unterschiedlich, Eintopf usw., abends Brot, Wurst, Milch. Man kann es essen. Wer mehr will, kann sich was dazukaufen. Ich nicht, weil mein Geld aus dem Kieler Knast nicht ankommt, immer noch nicht. Briefpapier, Umschläge, Freigang und einmal pro Woche Duschen. Das hat man als Zugang umsonst. Alles übrige muß einzeln beantragt werden. Ich habe die Anträge gestellt, um an meine Literatur heranzukommen. Freitag gleich kam meine Frau. Sie richtete Grüße aus von den Genossen, berichtete von der Propaganda der Partei. Viele Flugblätter wurden verteilt. In Neumünster und Kiel.

Und die Arbeit der Partei ist sehr erfolgreich. Viele Gespräche mit Kollegen. In Neumünster tritt mehrfach der Kieler Agitproptrupp auf. Von all diesen Dingen erfahre ich und freue mich darüber, auch wie es zuhause aussieht. Über die große Solidarität von den Nachbarn, den Genossen und vom Kampf der Roten Hilfe sowie der Partei. Das zeigt, wie in einer Front gekämpft wird, nur an verschiedenen Abschnitten. Dazu kommen täglich die Briefe und Karten. Aus allen spricht der Kampfeswille und die Zuversicht, meine Inhaftierung zu einem Bumerang für die Bourgeoisie werden zu lassen. Die Freunde und Genossen erkundigen sich, wie es mir geht, sie wollen wissen, wie der Kampf hier aussieht und sie berichten von ihrem Kampf, den Gesprächen mit ihren Kollegen. Und von der großen Empörung, die überall herrscht.

„Ich wußte gar nicht, daß es schon wieder politische Gefangene gibt. Den letzten hatten wir vor 10 Jahren hier", meint ein Beamter.

Inzwischen habe ich das Kommunistische Manifest, unser Parteiprogramm, die Geschichte der KPdSU(B). Und Freitag halte ich das erste Exemplar des „Roten Morgen" in Händen. Danach kommen noch mehr Briefe. Der Kampf nimmt an Breite zu.

Ich arbeite planmäßig, um die gestellten Aufgaben zu erfüllen. Dazu gehört ein geregelter Tagesablauf. Diese Bedingungen in der Haft zwingen dazu. Den ganzen Tag in Zelle, eine Stunde Freistunde. Dazu gehört aber auch Frühgymnastik, Lockerungsübungen. Sonst wird man schlaff, besonders, wenn man sonst den ganzen Tag im Freien gearbeitet hat, mit schwerer Arbeit.

Eine große Unterstützung sind die Briefe. Man kann den Mut und die Kampfkraft richtig atmen. Ich weiß, ich stehe nicht allein.



Kundgebung der Partei vor dem Gefängnis in Neumünster

„Eisenhaltiges Abführmittel", sagt einer der rund ein Dutzend „Knackis", als wir am Mittwoch zum Röntgen in die Neumünsteraner Innenstadt zum Gesundheitsamt fahren. Er meint damit die Handschellen, die mir als einzigem auf der Hin- und Rückfahrt umgelegt werden. Schutzmarke „deutsche Polizei". Ich habe Striemen an den Handgelenken davon. Das ist für längere Zeit die letzte Fahrt nach „draußen" für mich. Sie haben Angst. Wovor? Daß Genossen mich hier rausholen? Als wir aus dem Tor herauskommen, sehe ich die Ursache. Nächtliche Arbeit Neumünsteraner Genossen. Exakt und sauber mit weißer Farbe an der Wand, der Anstalt gegenüber. Der Beweis konsequenten Kampfes. Nur eine Parole.

„FREIHEIT FÜR MARTIN PELEIKIS! KPD/ML"

KBW-Kampagne gegen Polizei und Bundeswehr

Der Klassencharakter von Armee und Polizei wird vertuscht

In der letzten Zeit hat der KBW eine breite Kampagne gestartet, deren Ziel die Zersetzung der Bundeswehr, der Armee der westdeutschen Imperialisten, die Entwaffnung der Bourgeoisie und der Kampf für die allgemeine Volksbewaffnung sein soll. Diese Kampagne zeigt besonders anschaulich die opportunistischen Grundlagen der Politik dieser Gruppierung, die, kurz gesagt, darin bestehen, Illusionen über die imperialistische Armee zu wecken und den Kampf für die sozialistische Revolution, den gewaltsamen Sturz der Ausbeuter- und Unterdrückerherrschaft der westdeutschen Imperialisten, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats, zu sabotieren.

Der Inhalt dieser Kampagne besteht, kurz gesagt, im Kampf für die Forderung nach Lohnfortzahlung für die Rekruten und sofortigem Kündigungsrecht für Zeitsoldaten und Polizisten. Er gipfelt in der Behauptung der Führer des KBW, Polizei und Armee seien in der Bundesrepublik schon weitgehend zersetzt und nicht mehr voll einsatzbereit.

„Nicht einsatzbereit"?

Während und nach der Demonstration gegen das Kernkraftwerk in Brokdorf im Februar überraschte uns der KBW mit folgenden „Analysen": „Die Polizeitruppe ist zersetzt...": „Die Armee ist nicht einsatzbereit"; „Nein, es waren nicht **Gesetze**, die den Einsatz der Armee verhindert haben. Es war die politische Lage im Wehrpflichtheer." Ein Einsatz der Armee „hätte in einer großen Verbrüderung geendet, das hätte in einer gemeinsamen Aktion geendet" usw. usf.

Es ist ganz offensichtlich, daß wir es hier entweder mit einer krassen Fehleinschätzung oder mit einem gewollten Betrug, mit systematischem und gezieltem Verrat zu tun haben. Tatsächlich waren die Polizei- und Bundesgrenzschutztruppen, die die Bourgeoisie in Brokdorf zusammengezogen hatte, nicht nur bestens ausgerüstet, sondern auch bereit, mit brutaler Gewalt gegen die Demonstranten vorzugehen. Außerdem hatte die Bourgeoisie die Soldaten in mehreren umliegenden Kasernen in Alarmbereitschaft versetzt, um sie, wenn es nötig sein sollte, gegen die Demonstranten aufmarschieren zu lassen. Daß es im Februar weder zu größeren Auseinandersetzungen noch zum Einsatz der Armee kam, liegt einzig und allein daran, daß die Demonstranten klug genug waren, nicht in die von der Bourgeoisie gestellte Falle zu laufen. Ein Sturmangriff auf den Bauplatz hätte in der gegebenen Situation zu einer schweren Niederlage geführt. Gerade einen solchen Sturmangriff aber hatten die Führer des KBW geplant und propagiert, während sie gleichzeitig die eigenen Reihen durch das Geschwätz von der zersetzten Polizei und nicht einsatzbereiten Armee **entwaffneten.**

Gipfel des Zynismus war ein Artikel in der „KVZ" unmittelbar vor der Demonstration in Brokdorf, in dem es unter anderem heißt: „Um es deutlich auszudrücken: Eine Schulklasse, die jetzt dazu aufruft, nach Brokdorf zu gehen und das Richtige zu tun, die wird sowohl auf die Polizeikräfte als auch auf das Mauerwerk einen größeren Druck ausüben, als jeder Rammbock." („KVZ", 17.2.77)

Wie sieht die politische Rechtfertigung der KBW-Führer für solche Aufrufe aus? Ihre Argumentation lautet, kurz zusammengefaßt, etwa so:

Die Polizei und die Bundeswehr können es nicht wagen, gegen eine unbewaffnete Massendemonstration Gewalt anzuwenden, weil die Soldaten und Polizisten in ihrer großen Mehrheit wie die Demonstranten Menschen aus dem Volk seien, und damit die Gefahr bestehe, sie ideologisch zu verschleißen.

Diese Argumentation der Führer des KBW stammt aus dem Arsenal der modernen Revisionisten: Die Arbeiter und übrigen Werktätigen sind die „Mehrheit", die Kapitalisten dagegen nur eine verschwindende Minderheit. Deshalb und aufgrund des veränderten Kräfteverhältnisses in der Welt, sei die gewaltsame proletarische Revolution angeblich überflüssig geworden. Mit der gleichen falschen Argumentation verwischen sie den Klassencharakter des bürgerlichen Staates und behaupten, er könne einfach von der "Mehrheit" in Besitz genommen werden. So predigen sie, daß eine Veränderung der Mehrheitsverhältnisse im Parlament dieses angeblich zu einem „Instrument des Volkswillens" mache, die „Demokratisierung der Bundeswehr" diese zu einer „Armee des Volkes". Mit anderen Worten: Die Zusammensetzung der Polizei und der Bundeswehr dient den modernen Revisionisten dazu, deren Klassencharakter als Unterdrückungsorgane der Bourgeoisie gegen das Volk zu vertuschen; dient ihnen dazu, den unversöhnlichen, antagonistischen Widerspruch zwischen dem Proletariat und den übrigen Werktätigen einerseits und Polizei und Armee andererseits zu vertuschen.

Diese revisionistischen Theorien sind die Grundlage der Argumentation des KBW. Die praktischen Auswirkungen dieser Politik des KBW haben sich besonders krass in Brokdorf gezeigt. Sie zeigen sich aber auch in den Aufrufen des KBW an seine Mitglieder, mit den Polizisten zu diskutieren, zeigen sich, wenn z. B. bei den Soldaten- und Reservistentagen in Köln Polizisten, die sich etwas zu trinken kaufen wollen, sich nicht hinten an der wartenden Schlange anstellen müssen, sondern freundlich nach vorn gebeten werden usw. Die angebliche Kampagne des KBW gegen die Polizei führt dazu, daß diejenigen, die ihr folgen, in der Polizei nicht mehr den Klassenfeind, sondern den Klassenbruder sehen. Man kann die Polizisten keineswegs einfach als „Werktätige" bezeichnen, auch wenn sie es ihrer Klassenherkunft nach sein mögen. Ganz abgesehen von den Spezialeinheiten für den Bürgerkrieg, wie z. B. den MEKs, entscheidet sich der Polizist freiwillig für einen Beruf, der in der Hauptsache darin besteht, die Kämpfe der Massen niederzuschlagen. Dafür bekommt er von der Bourgeoisie bestimmte Privilegien.

Wer das, wie der KBW, vergißt und unter den Tisch fallen läßt, betreibt in Wirklichkeit, ob er es will oder nicht, die Versöhnung mit dem Klassenfeind. Steht etwa heute vor uns die Aufgabe, uns mit denen, die uns zusammenschlagen und überfallen, zu verbrüdern? Führt das nicht dazu, daß wir den Klassencharakter der Polizei aus dem Auge verlieren und sie lediglich als eine Ansammlung von Werktätigen betrachten?

Trotzdem ist es richtig, auch unter den Polizisten zu arbeiten. Aber man kann die Polizei nicht umstandslos mit der bürgerlichen Armee gleichsetzen, deren Angehörige tatsächlich Werktätige sind, die zwangsweise in die Bundeswehr gepreßt worden sind. Das unterstreicht die Notwendigkeit der revolutionären Arbeit in der Armee, ändert aber nichts an der Haltung, die die Arbeiterklasse und die Kommunisten gegenüber der Bundeswehr einnehmen müssen. Diese Haltung wird in erster Linie davon bestimmt, daß die Bundeswehr als Teil des bürgerlichen Staatsapparates, die Hauptstütze der westdeutschen Monopolbourgeoisie ist, um ihre Ausbeuter- und Unterdrückerordnung aufrechtzuerhalten. Sie wird dadurch bestimmt, daß sie, wie die anderen Teile des bürgerlichen Staatsapparates auch, in der proletarischen Revolution zerschlagen werden muß.

Der Widerspruch zwischen der Bundeswehr und der Arbeiterklasse ist antagonistisch. Die Geschichte beweist, daß dieser Standpunkt der einzig richtige ist. Die Tatsache allein, daß die Mehrheit aller bürgerlichen Armeen aus Werktätigen besteht, hat noch in keinem Fall ihren Einsatz gegen streikende Arbeiter oder Massendemonstrationen verhindert. Ganz zu schweigen vom Kampf der bürgerlichen Armeen gegen den revolutionären bewaffneten Kampf der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker.

Die Revisionisten und Opportunisten erweisen der Bourgeoisie den größten Dienst und üben den heimtückischsten Verrat an den grundlegenden Interessen des Proletariats und der werktätigen Massen, wenn sie diese mit dem scheinheiligen Argument, die Mehrheit der bürgerlichen Armee gehöre zum Volk, dazu aufrufen, der bis an die Zähne bewaffneten Bourgeoisie mit bloßen Händen gegenüberzutreten, wenn sie mit einem solchen scheinheiligen Argument die Möglichkeit des friedlichen Übergangs „begründen". Niemals darf die Arbeiterklasse vergessen, daß die bürgerliche Armee die Hauptstütze der Herrschaft der Bourgeoisie ist. Sie muß entschieden bekämpft und gewaltsam zerschlagen werden, anders ist ein Sieg der Revolution unmöglich.

Zersetzung der Bundeswehr

Der moderne Krieg ist ein Massenkrieg und kann von den Imperialisten unmöglich nur mit einer kleinen Kadertruppe geführt werden. Die Bourgeoisie war und ist daher gezwungen, wie z. B. bei uns durch die allgemeine Wehrpflicht, große Teile der werktätigen Jugend in ihre Armee zu pressen. Natürlich ist diese Tatsache für die Arbeiterklasse und insbesondere für die Kommunisten von größter Bedeutung. Schon der VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (KI) stellte fest: *„Doch die direkte Folge dieses Umstandes ist, daß die Klassengegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat, Ausbeutern und Ausgebeuteten, sich innerhalb der Armee reproduzieren als Gegensätze zwischen Offizieren und ‚Gemeinen'. Aus der Massenmilitarisierung folgt — nach den Worten Engels' — die Sprengung der bürgerlichen Armeen von innen heraus. Die Kommunisten dürfen daher die bürgerlichen Armeen nicht boykottieren, sondern müssen in sie hineingehen und diesem objektiven Zersetzungsprozeß die revolutionäre Führung geben."*



Programm und Statut der KPD/ML. 304 Seiten, Plastikeinband, DM 5,00. Bestellungen an Gewiso-Buchvertrieb, Postfach 500568, 2 Hamburg 50.

Zersetzung der Bundeswehr heißt, möglichst viele Soldaten für den Übergang auf die Seite der Revolution zu gewinnen. Deshalb müssen die Kommunisten die Soldaten vor allem zur prinzipiellen Feindschaft gegenüber der Bundeswehr erziehen und ihnen die Notwendigkeit der proletarischen Revolution klarmachen. Sie müssen ihnen zeigen, daß das Proletariat, um sich zu befreien, seine allseitige militärische Ausbildung und Bewaffnung, den Aufbau einer revolutionären Armee betreiben muß. Diesem Ziel muß die gesamte Arbeit der Kommunisten in der Bundeswehr dienen, von diesem Ziel muß ihr Eingreifen in die Tageskämpfe der Soldaten bestimmt sein.

Selbstverständlich müssen wir in der Bundeswehr den Kampf gegen die schlechte Lebenslage der Soldaten führen, für mehr Geld, besseres Essen, gegen den Drill und die Schikanen, für größere politische Rechte usw. Aber der Kampf für solche Forderungen muß dem Kampf für die Revolution untergeordnet sein. Wir sind nicht in erster Linie gegen die Bundeswehr, weil es dort den Soldaten so schlecht geht, sondern, weil sie das gewaltigste Mordinstrument des bürgerlichen Staates gegen unser Volk und andere Völker ist. Wer das vergißt, landet unweigerlich im Fahrwasser der modernen Revisionisten.

Der VI. Weltkongreß der KI stellte fest: *„Die demokratischen Teilforderungen, auf die das Proletariat keineswegs verzichtet, gewinnen einen ganz anderen Charakter als zur Zeit der demokratischen Revolution, ihr Ziel ist nicht die Demokratisierung der Armee [bzw. der Miliz] sondern ihre Zersetzung."*

Der KBW dagegen trennt den Kampf für die Teilforderungen vom Kampf für die proletarische Revolution, deren Notwendigkeit, wenn überhaupt, nur noch ab und zu am Rande erwähnt wird. Deshalb läuft die angebliche Zersetzungsarbeit des KBW in der Bundeswehr in Wirklichkeit auf eine revisionistische Demokratisierungskampagne hinaus.

So heißt es z. B. in der „KVZ" vom 12. 5. 77: „Gelingt es, durch diesen Kampf (d. h., den Kampf für Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht — RM), die Polizei und das Militär zu zersetzen, dann ist der reibungslose Einsatz der staatlichen Unterdrückungsorgane nicht mehr gewährleistet." Hier wird die gefährliche Illusion geschürt, daß der ökonomische Kampf der Soldaten (der KBW betreibt keine Propaganda für die Revolution, erzieht die Soldaten nicht zur prinzipiellen Feindschaft gegen die Bundeswehr) die Bundeswehr zersetzen, das heißt, die Soldaten zum Übergang auf die Seite der Revolution führen könnte. Ein solches Konzept ist plattester Ökonomismus, opportunistischer Sumpf. Noch deutlicher wird das, wenn Genossen des KBW gegenüber Genossen unserer Partei behaupten, die Soldaten würden sich, wenn sie die gleichen tariflichen Zulagen und Löhne wie ihre Kollegen im Betrieb bekommen, nicht mehr gegen Streiks einsetzen lassen.

In Wirklichkeit führt der Kampf für höhere Löhne, wenn er nicht auf der Grundlage eines klaren revolutionären Programms geführt wird, nicht unmittelbar zur Zersetzung der Bundeswehr. Eine Erhöhung der Löhne für die Soldaten kann sogar auch die Bourgeoisie durchführen. Das allein bedeutet noch gar nichts. Wie gesagt, wir kämpfen nicht in erster Linie gegen die Bundeswehr, weil es dort den Soldaten so schlecht geht. Wir nutzen diese Tatsache vielmehr aus, um die Soldaten über den Charakter der Bundeswehr aufzuklären, sie zur Feindschaft gegen die Bundeswehr zu erziehen und für die proletarische Revolution zu gewinnen. Der KBW macht das genaue Gegenteil und schürt Illusionen über die Bundeswehr und den Charakter des revolutionären Kampfes.

Es ist klar, daß die Imperialisten mit allen Mitteln versuchen, den Klassenkampf in der Armee zu dämpfen, abzuwiegeln und abzuwürgen. Der Hungersold, Drill, Schikanen, die politische Entrechtung, ihre Kasernierung, Unterdrückung durch Offiziere und Unteroffiziere — der ganze Aufbau, die ganze Organisation der Bundeswehr dienen diesem Zweck. Dem gleichen Zweck dient die ideologische Beeinflussung der Soldaten durch die Imperialisten. Unter diesen Umständen zu behaupten, die Bundeswehr könne durch den ökonomischen Kampf zersetzt werden, ist eine Illusion. Der KBW behauptet weiter: "Die wehrpflichtige Jugend, zwangsweise in die Armee gepreßt, wird nicht marschieren, wenn es eine politische Bewegung gibt, die die Interessen des Proletariats vertritt." Auch das ist falsch und opportunistisch, weil das Entscheidende weggelassen wird.

Eine politische Bewegung, die die Interessen des Proletariats vertritt, gibt es seit über 100 Jahren. Trotzdem ist die werktätige Jugend in zwei imperialistische Weltkriege marschiert und Dutzende von Malen gegen die Arbeiterklasse, zur Niederschlagung von Revolutionen eingesetzt worden. Damit die wehrpflichtige Jugend tatsächlich nicht mehr für die Imperialisten marschiert, bedarf es einer gewaltigen Steigerung des revolutionären Kampfes der Massen, der Zuspitzung der Klassenkämpfe zu einer revolutionären Krise.

Lenin schrieb über die „Lehren des Moskauer Aufstandes" in der russischen Revolution von 1905: *„Die 2. Lehre betrifft den Charakter des Aufstandes, die Art, wie er durchgeführt wurde, die Bedingungen für den Übergang* (der Truppen — RM) *auf die Seite des Volkes. ... Es versteht sich von selbst, daß von einem ernsten Kampf keine Rede sein kann, solange die Revolution nicht zu einer Massenbewegung geworden ist und nicht auch die Truppen erfaßt hat. Selbstverständlich ist auch die Arbeit unter den Truppen notwendig. Aber man darf sich diesen Übergang der Truppen nicht als einfachen, einmaligen Akt vorstellen, der das Ergebnis einerseits der Überzeugung und andererseits des Bewußtseins ist."* Eine solche Auffassung nennt Lenin *„lebensfremd". „In der Praxis"*, sagt er weiter, *„führt das Schwanken der Truppen, das jede wirkliche Volksbewegung mit sich bringt, bei Verschärfung des revolutionären Kampfes im wahrsten Sinn des Wortes zum Kampf um das Heer."*

Für Lenin ist die Zersetzung der Truppen, d. h., der Übergang eines Teils der Armee auf die Seite der Revolution, das unvermeidliche Ergebnis des revolutionären Kampfes der Massen. Er stellt der Arbeit der Kommunisten in der Armee gerade das Ziel, die Soldaten für den Übergang auf die Seite der Revolution zu gewinnen. Und er nennt alle diejenigen „traurige Pedanten", die vergessen, „daß im Augenblick des Aufstands auch ein physischer Kampf um die Truppen erforderlich ist." (Bd. 11, Seite 160)

Es wäre eine Illusion zu glauben, daß die einfache Tatsache, daß die Soldaten in ihrer Mehrheit Werktätige sind, zum Übergang der Truppen auf die Seite der Revolution führte.

Fortsetzung auf Seite 10

Der Klassencharakter von Armee und Polizei wird vertuscht

Fortsetzung von Seite 9

Die Kommunisten und das revolutionäre Proletariat müssen mit allen Mitteln um die Soldaten kämpfen. In einer revolutionären Situation, wenn sich die Arbeiterklasse bereits erhoben hat, gewinnt dieser Kampf praktische Bedeutung. Unsere gesamte Arbeit, die wir jetzt in der Bundeswehr durchführen, dient diesem Zweck: die revolutionären Kräfte zu sammeln, das Bewußtsein der Soldaten zu heben, sie zu schulen und ihre Kampfkraft zu stählen. Das ist der einzige Weg, um den objektiven Zersetzungsprozeß, der in der Bundeswehr vor sich geht, zu beschleunigen, um die Armee tatsächlich im Verlauf des revolutionären Kampfes für die Imperialisten unbrauchbar zu machen. Die Linie des KBW, das Gerede von der Zersetzung auf der Grundlage von Lohnforderungen usw. bedeutet dagegen nichts anderes als den Verzicht auf die schwierige Arbeit der Sammlung der revolutionären Kräfte, läßt die Soldaten im unklaren über den Charakter der Bundeswehr und die Notwendigkeit der proletarischen Revolution. Der KBW hemmt und sabotiert den revolutionären Kampf.

Der Aufbau einer revolutionären Armee — Grundvoraussetzung für die sozialistische Revolution

Bekanntlich enthält das Programm des KBW unter anderem auch die Forderung nach der allgemeinen Volksbewaffnung und der Bezahlung der Arbeiter und Angestellten für die Zeit, die sie in der allgemeinen Volksmiliz verbringen, durch die Kapitalisten. Die Losung der Volksbewaffnung ist eine revolutionäre Losung, aber der KBW hat sie opportunistisch verfälscht und ihres revolutionären Charakters beraubt. Was verstehen wir als Marxisten-Leninisten unter „Volksbewaffnung"?

Im Programm unserer Partei heißt es dazu: *„In jedem Fall aber gilt, daß der Sozialismus nur das Ergebnis des bewaffneten Kampfes des Volkes sein kann. Deshalb muß das Proletariat unter der Führung seiner revolutionären Partei seine Bewaffnung und allseitige militärische Ausbildung betreiben mit dem Ziel, eine revolutionäre Armee aufzubauen. Das ist eine der Grundvoraussetzungen der sozialistischen Revolution."*

Und schon der VI. Kongreß der KI hatte festgestellt: *„In jedem Fall aber ist die Losung der proletarischen Miliz oder Werktätigenmiliz ein Appell an die proletarischen Massen selbst und nicht eine Forderung an die bürgerliche Regierung. ... Auf keinen Fall darf man außer acht lassen, daß in den imperialistischen Ländern das Bestehen einer proletarischen Miliz oder einer ‚Roten Garde' im Rahmen des bürgerlichen Staates in einer ‚friedlichen' Situation undenkbar und unmöglich ist. Die proletarische Miliz ist kein Organ des bürgerlichen Staates und kann das auch nicht sein, sie ist eine bewaffnete Organisation des Proletariats, die für die Errichtung der proletarischen Diktatur kämpft."*

Die revolutionäre Armee kann nicht von der Bourgeoisie erbettelt werden, sondern das Proletariat muß sie, unter der Führung ihrer kommunistischen Partei, selbst aufbauen. Gerade diese grundlegende Tatsache verfälscht der KBW. Für ihn ist die Volksbewaffnung eine Forderung an die Bourgeoisie.

Der KBW kann sich auch nicht auf Lenin und die Bolschewiki berufen, aus deren Minimalprogramm er seine Forderungen weitgehend abgeschrieben hat. Das Minimalprogramm der Bolschewiki zielte auf den Sturz des Zarismus und die Errichtung der revolutionär-demokratischen Diktatur der Arbeiter- und Bauernschaft, nicht aber auf die sozialistische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Es legte die Maßnahmen fest, die eine Regierung dieser Diktatur ergreifen muß, um die Errungenschaften der Revolution zu sichern und ihre Weiterentwicklung zur sozialistischen Revolution zu ermöglichen.

Nach der Februarrevolution 1917, als in Rußland die Macht in die Hände der Bourgeoisie überging, als aber gleichzeitig überall im Land Sowjets der Arbeiter, Bauern und Soldaten entstanden, die eine zweite Regierung neben der Regierung der Bourgeoisie waren, machten die Bolschewiki die Forderung nach der Bewaffnung des Volkes zu einer ihrer Hauptforderungen. Eine von den Kapitalisten bezahlte proletarische Miliz, schrieb Lenin damals, sei von größter, entscheidender „Bedeutung praktisch sowohl wie grundsätzlich". (Bd. 24, S. 167)

Aber Lenin forderte die Schaffung einer solchen Miliz nicht von der Regierung der Bourgeoisie, sondern er rief auf: *„Schafft sie durch die Sowjets der Arbeiterdeputierten, durch die Sowjets der Bauerndeputierten, durch die Organe der örtlichen Selbstverwaltung, die die Arbeiterklasse in ihre Hände bekommt."* (ebd.) Und: *„In revolutionären Zeiten läßt sich diese Bedingung verwirklichen."* (ebd., S. 346)

Es liegt auf der Hand, daß die damalige Situation in Rußland überhaupt nicht mit der Situation der Bundesrepublik verglichen werden kann. Weder durchläuft bei uns die Revolution zwei Etappen, noch befinden wir uns überhaupt in einer revolutionären Situation. Die Linie des KBW zur „allgemeinen Volksbewaffnung" ist deshalb durch und durch opportunistisch.

Wir lehnen es nicht grundsätzlich ab, die Losung der Volksbewaffnung auch unter bestimmten Umständen an die Regierung zu stellen. So war es z. B. vollkommen richtig, daß die chilenischen Revolutionäre zur Zeit Allendes von der Regierung die Ausgabe von Waffen an das Volk forderten, um den Faschismus zu schlagen. Auch in Portugal war die Forderung nach der Volksbewaffnung nach dem Sturz des Faschismus durchaus richtig. Wenn wir diese Forderung gegenüber der Bourgeoisie durchsetzen können, müssen wir sie auch stellen. Möglich, wenn auch unwahrscheinlich, ist so etwas auch bei uns, wir können die Windungen und Wendungen des Verlaufs der Revolution in unserem Land nicht im einzelnen voraussagen. Immer aber muß die Losung der Volksbewaffnung in erster Linie ein Appell an die Massen sein; muß die Partei den Aufbau einer revolutionären Armee selbst in die Hände nehmen. Alles andere bedeutet Verrat, bedeutet, die Arbeiterklasse der Bourgeoisie in die Hände zu liefern.

Die gewaltsame Revolution — eine „konkret-historisch-taktische Frage"?

Die ganze Kampagne des KBW läuft darauf hinaus, die Arbeiterklasse zu entwaffnen und von der Notwendigkeit der gewaltsamen proletarischen Revolution abzulenken. Im Programm des KBW wird diese Linie theoretisch verallgemeinert. Dort heißt es:

„**Solange** (Hervorhebung von uns — RM) die Bourgeoisie über bewaffnete Formationen zur Verteidigung des kapitalistischen Eigentums verfügt, wird das Proletariat die politische Macht mit Waffengewalt erobern müssen."

Damit leugnet der KBW die Allgemeingültigkeit des Weges der Oktoberrevolution. Es entsteht der Eindruck, daß hier bei uns eine Situation denkbar ist, in der die Bourgeoisie nicht mehr über bewaffnete Formationen verfügt, womit der Weg zum „friedlichen Übergang" frei wäre.

Noch deutlicher wird J. Schmierer im „Neuen Roten Forum" 1/2 1973, wo er schreibt: „Die Formulierung im Programm macht keinerlei Zugeständnisse an jene ‚links-revisionistischen Tendenzen', die ... die Frage des bewaffneten Aufstandes aus einer konkret-historisch-taktischen Frage in eine Prinzipienfrage verwandeln."

Die Anerkennung der Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution ist allerdings eine Prinzipienfrage des Marxismus-Leninismus. Wer sie leugnet, befindet sich auf dem Weg in den Sumpf des modernen Revisionismus. Die Theorie vom „friedlichen Weg" zum Sozialismus steckt hinter der ganzen Kampagne des KBW. Die Armee sei nicht einsatzbereit, die Polizei zersetzt, behauptete der KBW in Brokdorf. „Weiter so", ruft der KBW seinen Mitgliedern zu, „jetzt geht es darum, die Polizei und Armee völlig unbrauchbar zu machen, auf die Revolution können wir dann verzichten."

Wir aber sagen den revolutionären Genossen im KBW: Stellt euch auf den Boden des Marxismus-Leninismus. Kämpft mit uns für die proletarische Revolution, für eine wirkliche revolutionäre Zersetzung der Bundeswehr. Ihr werdet sonst in den Armen der modernen Revisionisten landen!

Südliches Afrika

Neue Betrugsmanöver der Imperialisten

In den Schacher um eine sogenannte „friedliche Lösung im südlichen Afrika" hat jetzt verstärkt die EG eingegriffen. Auf der letzten Außenminister-Tagung legte Genscher die Grundkonzeption vor für eine angeblich neue Afrika-Politik der EG. Er erklärte dazu: „Aufgrund ihres wirtschaftlichen Potentials ist die EG befähigt, die Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten gegen Großmachtansprüche zu sichern."

In einer Situation, in der die beiden Supermächte in heftiger Rivalität miteinander ihre Bemühungen verstärken, die Länder Afrikas vollständig ihrer Kontrolle zu unterwerfen, bieten sich die EG-Imperialisten den Afrikanern heuchlerisch als „ehrliche Makler" an. So tönte Genscher: „Die EG steht nicht im Verdacht, eigene Einflußzonen in Afrika errichten zu wollen." Aber die EG-Monopole stehen nicht nur „im Verdacht", sie haben es vielmehr unzählige Male nachdrücklich bewiesen, daß es ihnen um nichts anderes geht als um Einflußsphären, darum, die Völker Afrikas rücksichtslos auszuplündern. Oder glaubt Genscher etwa, die Völker Algeriens, Kenias, des Kongo usw. hätten einfach vergessen, daß es die europäischen Imperialisten waren, die mit blutigen Kolonialkriegen versucht haben, ihre Herrschaft über diese Länder aufrechtzuerhalten?

Und wie sieht es heute aus? Die europäische Kolonialherrschaft über Afrika ist durch den bewaffneten Kampf der Völker zerbrochen worden. Aber nach wie vor unterliegen die meisten afrikanischen Länder der Ausplünderung und Einmischung auch durch die EG-Imperialisten. Gerade durch solche Verträge wie das Abkommen von Lome, das Genscher jetzt als „Beitrag zur Stärkung der Unabhängigkeit" pries, haben die europäischen Monopole die afrikanischen Märkte für ihre Waren geöffnet, haben sie die Voraussetzungen dafür geschaffen, sich die Rohstoffe dieser Länder anzueignen und die billige afrikanische Arbeitskraft auszubeuten.

So ist das „Bündnis" zwischen dem imperialistischen Westeuropa und den afrikanischen Entwicklungsländern, wie es Genscher und seine Ministerkollegen in den schönsten Farben ausmalen, nichts als ein abgefeimter Betrug. Sich auf ein solches „Bündnis" einzulassen, hieße, sich den Klauen eines imperialistischen Räubers auszuliefern, der genauso blutrünstig ist wie die beiden Supermächte. Darüber hinaus ist die EG auch keineswegs die „unabhängige dritte Macht" zwischen oder neben den Supermächten, als die sich die europäischen Imperialisten immer gerne präsentieren.

Gerade in der Rivalität und im Schacher der beiden Supermächte um das südliche Afrika ist die EG eine wichtige Stütze Washingtons. Das zeigt sich einmal darin, daß die westdeutschen, britischen, französischen Imperialisten die wichtigste Basis der amerikanischen Supermacht im südlichen Afrika, das Rassistenregime Vorsters, massiv mit Waffen unterstützen. Sie haben sogar Experten geschickt, um diesem Schlächter am Volk von Azania die Entwicklung von Atomwaffen zu ermöglichen.

Zum anderen sind die europäischen Imperialisten auch die eifrigsten Befürworter der von Carter ausgeheckten Pläne für eine sogenannte „friedliche Lösung" in Simbabwe (Rhodesien). Diese Pläne, die keinem anderen Zweck dienen als der Rettung des rassistischen Regimes vor dem bewaffneten Kampf des Volkes von Simbabwe, sollen sogar mit der direkten militärischen Beteiligung der britischen Imperialisten verwirklicht werden.

Wie jetzt bekannt geworden ist, soll das amerikanisch-britische Manöver folgendermaßen aussehen: In Salisbury wird eine Übergangsregierung unter britischer Kontrolle für drei bis sechs Monate gebildet. Britische Truppen werden herangeschafft, die dann die Überwachung von sogenannten „freien Wahlen" übernehmen sollen. Die simbabwischen Patrioten haben diesen Plan entschieden abgelehnt und erklärt: „Wir führen unseren Befreiungskampf nicht, um die Briten wieder an die Macht zu bringen!"

Damit erinnern sie an die Tatsache, daß es die britischen Imperialisten waren, die lange Zeit ihre blutige Kolonialherrschaft über Simbabwe ausübten, daß sie es waren, die das rassistische Smith-Regime herangezüchtet haben und noch heute durch tausend Fäden mit ihm verbunden sind. Und ausgerechnet sie treten jetzt als Befreier auf, die dem Volk von Simbabwe die Unabhängigkeit bringen wollen. Was sie wirklich bringen, ist nur die Fortsetzung der Unterdrückung in einer neuen Verkleidung. Denn wer wird denn mit den Smith-Rassisten zusammen in einer solchen „Übergangsregierung" sitzen? Das sind solche Verräter, Lakaien und Kollaborateure wie der Bischof Muzorewa und der Pastor Sithole, den Smith in der vergangenen Woche extra aus dem Exil einfliegen ließ, nachdem dieser famose Pastor seine Übereinstimmung mit den anglo-amerikanischen Friedensmanövern bekundet hatte. Oder wie der Präsident des Häuptlingsrates, J. S. Chirau, der als Programm auf seine Fahnen geschrieben hat: „Gesetz und Ordnung garantieren, die freie Marktwirtschaft beibehalten und Simbabwe aus marxistischen Händen heraushalten."

Und was für „freie Wahlen" werden das sein, wenn Hunderttausende schwarzer Bauern in „Wehrdörfern" eingepfercht sind, wo sie unter militärischer Bewachung durch die rhodesischen Truppen stehen. Wenn jeder, der von den Rassisten verdächtigt wird, ein Patriot zu sein, öffentlich gehenkt wird; wenn die Rassisten nach wie vor das Ziel verfolgen, wie Smith jetzt erklärte, daß die Befreiungsbewegung „über Bord geworfen werden" muß?

Die Patrioten von Simbabwe haben diese Manöver längst durchschaut. Sie haben auch darauf hingewiesen, daß die Streitereien zwischen den rhodesischen Rassisten und den Diplomaten aus Washington und London über die „Übergangsregierung" nur einem Ziel dienen: nämlich Zeit zu gewinnen. Denn heute ist die Lage in Simbabwe so, daß die Befreiungsbewegung den bewaffneten Kampf schon bis in die Hauptstadt Salisbury getragen hat. Die Situation für die Truppen von Smith war schon mehrmals so kritisch, daß sie die Luftunterstützung von den Vorster-Rassisten anfordern mußten. Fast schon zur Hälfte besteht heute die weiße rhodesische Armee aus Söldnern, die in den USA, in Westdeutschland, England oder Frankreich eingekauft worden sind.

Zeit gewinnen, das ist angesichts dieser Lage, angesichts des stürmisch sich entwickelnden Volkskrieges in Simbabwe und Namibia, angesichts der immer wieder aufflammenden Massenkämpfe in Azania die gegenwärtige Taktik der westlichen Imperialisten im südlichen Afrika. Mit immer neuen Manövern versuchen sie die Völker dieser Region auf den Weg der Verhandlungen zu bringen. Weil sie wissen, daß sie ihre Bastionen, die rassistischen Regime, in der gegenwärtigen Form nicht halten können, versuchen sie, in die Rolle der Vorkämpfer gegen den Rassismus zu schlüpfen. Ungezählt sind die dramatischen Erklärungen, die sie in diesem Sinne abgaben. So versprachen auch die EG-Außenminister jetzt, die Rassentrennung in Südafrika „an der Wurzel auszurotten".

Ausgerechnet! Wollen sie etwa ihre Militärhilfe für die Rassisten einstellen? Nein, die Frage der Waffenlieferungen wird — wie es heißt — „überprüft". Und was ist mit der schrankenlosen Ausbeutung der schwarzen Arbeiter in den südafrikanischen Werken der europäischen Multis? Die EG-Minister wollen einen „Verhaltenskodex" erarbeiten, in dem sie den Monopolgesellschaften „empfehlen", die „Diskriminierung farbiger Arbeiter zu beseitigen". Aber solche Empfehlungen werden die Multis wie Volkswagen oder Siemens nicht daran hindern, auch weiterhin ihre schwarzen Lohnsklaven mit Hungerlöhnen abzuspeisen. Und die Vorster-Rassisten, die den imperialistischen Monopolen ihre Profite garantieren, werden auch weiterhin den Streikkämpfen der schwarzen Arbeiter mit brutalem Terror begegnen.

Die Völker im südlichen Afrika werden sich von den Betrugsmanövern der Imperialisten nicht hinhalten lassen. Es kann niemals eine Versöhnung zwischen ihnen und ihren rassistischen Unterdrückern geben. Um ihre Leiden zu beenden, gibt es nur einen Weg: im bewaffneten Kampf auszuharren, bis die Herrschaft der Rassisten vollständig zerschlagen ist. Wie die Geschichte des Kampfes gezeigt hat, können sich die Völker dabei weder auf die eine oder andere Supermacht, noch auf die mit den Supermächten verbundenen imperialistischen Blöcke wie die EG stützen. Sie sind und bleiben Todfeinde der afrikanischen Völker, die konsequent und entschlossen bekämpft werden müssen.

OAU-Gipfelkonferenz

Unterstützung für den Volkskrieg in Simbabwe

Anfang des Monats wurde in Libreville, der Hauptstadt von Gabun, die 14. Gipfelkonferenz der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) durchgeführt. Die Konferenz sprach sich für die Fortführung des bewaffneten Kampfes zur Befreiung Simbabwes aus und erkannte die Patriotische Front als die einzige rechtmäßige Vertreterin des Volkes von Simbabwe an. Das ist eine deutliche Absage an die Pläne der rhodesischen Rassisten, mit Hilfe einer Handvoll schwarzer Kollaborateure eine sogenannte Übergangsregierung zu bilden.

In Bezug auf die Konflikte zwischen den afrikanischen Staaten, wie zum Beispiel Grenzstreitigkeiten, wurde darauf hingewiesen, daß diese Widersprüche „auf das Wirken des Imperialismus" zurückzuführen seien. Es sind heute in erster Linie die beiden Supermächte, die sich in Afrika einmischen, die Spannungen schüren, um sich die Reichtümer dieses Kontinents anzueignen und um sich strategische Positionen in ihrem Ringen um die Weltherrschaft zu sichern. So ist nach wie vor Kampf gegen die Supermächte, ihre imperialistischen Blöcke und ihre rassistischen Bastionen im südlichen Afrika die wichtigste Voraussetzung für die Erringung der Unabhängigkeit Afrikas.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

England

Militante Kämpfe bei Grunwick

Grunwick, ein Photolabor mit rund 480 Arbeitern im Norden von London, war in den vergangenen Wochen Schauplatz heftiger Kämpfe zwischen Tausenden von Arbeitern aus allen Teilen Englands und der Polizei. Die Arbeiter von „Grunwick" stehen seit 45 Wochen im Streik. Sie kämpfen gegen die Entlassungen ihrer Kollegen und für das Recht, sich gewerkschaftlich organisieren zu dürfen. Wie kam es zu dem Streik?

Bei Grunwick arbeiten in der Hauptsache Frauen, vor allem aus asiatischen Ländern. Die Unerfahrenheit und besondere Rechtlosigkeit der ausländischen Kolleginnen ausnutzend, müssen sie für die Grunwick-Kapitalisten für einen Hungerlohn von 100 DM in der Woche schuften. In dieser Lage beschlossen die Frauen, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Die Grunwick-Kapitalisten aber erklärten unverfroren: „Wir dulden keine Gewerkschaftsmitglieder im Betrieb", und entließen alle diejenigen, die sich nicht von der Gewerkschaft distanzierten. Etwa 90 Arbeiter und Arbeiterinnen bildeten daraufhin ein Streikkomitee und legten die Arbeit nieder. Mit ihnen solidarisierten sich bald die Angestellten des Postamtes, auf das Grunwick angewiesen ist und boykottierten den Postversand der Firma.

Trotz der Sabotage der verräterischen Gewerkschaftsbonzen, und obwohl es den Kapitalisten jeden Morgen gelang, Streikbrecher in den Betrieb zu fahren und die Produktion aufrechtzuerhalten, hielten die streikenden Arbeiter von Grunwick durch.

In einem ihrer Aufrufe riefen sie die Londoner Arbeiter für Mitte Juni zu einem „Massenstreikpostenstehen" vor den Toren von Grunwick auf, um die Streikbrecherarbeit zu verhindern und die Kapitalisten zum Nachgeben zu zwingen. Seitdem versammeln sich jeden Tag Tausende von Arbeitern aus ganz England vor dem Betrieb. Sie stoßen dabei auf die Polizei, die den Streikbrechern brutal den Weg freiknüppelt. Am 11. Juli erreichten die Auseinandersetzungen ihren vorläufigen Höhepunkt. 18.000 Arbeiter standen 4.000 Polizisten gegenüber.



Streikposten vor Grunwick

Es kam zu heftigen Kämpfen, in deren Verlauf zahlreiche Demonstranten verletzt und verhaftet wurden. Aber auch die Polizisten bekamen die Fäuste der englischen Arbeiter zu spüren. Mindestens 18 von ihnen wurden verletzt. Die streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen von Grunwick sind entschlossen, den Kampf weiterzuführen, bis ihre Forderungen erfüllt sind. Sie haben dabei auch die Unterstützung der KP Britanniens/ML, die in ihrem Zentralorgan „The Worker" die Arbeiter im ganzen Land aufgerufen hat, aus Solidarität mit ihren Kollegen von Grunwick in den Streik zu treten.

Die Kämpfe von Grunwick finden vor dem Hintergrund neuer Angriffe der Labour-Regierung und der Kapitalisten auf die Arbeiter im ganzen Land statt. Um die Arbeiter zum Stillhalten und zum Verzicht auf den Kampf für höhere Löhne zu bringen, soll ihnen erneut ein sogenannter Sozialpakt aufgezwungen werden, der Streiks für höhere Löhne verbietet. Die verräterischen britischen Gewerkschaftsführer haben einem solchen Pakt schon einmal zugestimmt. Angesichts der großen Empörung sind sie jedoch jetzt gezwungen zu manövrieren. Der militante Kampf von Grunwick, die wachsende Empörung der britischen Arbeiter über die Regierung und die kapitalistischen Ausbeuter sind die Vorboten neuer großer Klassenschlachten der englischen Arbeiterklasse.

Spanien

Kampf den neuen Angriffen auf die Werktätigen

Gestützt auf eine angebliche „demokratische Legitimation" plant die spanische Regierung jetzt, nachdem die Wahlfarce vorüber ist, eine Reihe von neuen schweren Angriffen auf die breiten werktätigen Massen. Die Maßnahmen, die die spanische Regierung plant, werden die Not und das Elend, in die die Werktätigen Spaniens schon jetzt gestürzt sind, noch mehr vergrößern. Sie werden aber zugleich auch zu einem noch größeren Aufschwung der Kämpfe der Arbeiterklasse, der werktätigen Bauern, aller ausgebeuteten und unterdrückten Werktätigen in Stadt und Land gegen das monarchofaschistische Regime, die Kapitalisten, Großgrundbesitzer und ausländischen Imperialisten führen.

Die Abwertung der Peseta in der vergangenen Woche um 20% zeigt die tiefe Krise, in der die spanische Wirtschaft steckt. Um die Tiefe der Krise zu charakterisieren, genügt es, einige Zahlen zu nennen: Allein offiziellen Zahlen zufolge hat die Arbeitslosigkeit jetzt in Spanien die Zahl von einer Million überschritten. Besonders hart von der Arbeitslosigkeit betroffen sind die Landarbeiter. So sind in der Provinz Sevilla 70% aller Landarbeiter arbeitslos. In Andalusien, wo die Lage ähnlich ist, sind Hungersnöte ausgebrochen. Die Löhne der Arbeiter sind auf ein Minimum gesunken.

Aber zugleich erreichten die Preissteigerungsraten Rekordhöhen. Die Inflationsrate beträgt zur Zeit 40%. Die Preise für Brot, Öl, Zucker stiegen in den ersten zehn Monaten des vergangenen Jahres um 18%, die Mieten um 20%.

Das Zahlungsbilanzdefizit Spaniens beläuft sich auf fünf Milliarden Dollar. Hauptgläubiger sind die amerikanischen Imperialisten und die Monopolbourgeoisie der EWG-Länder.

Die Wurzel der Krise ist die brutale Ausbeutung der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen durch eine Handvoll von Kapitalisten und Großgrundbesitzern, die die tiefe Kluft zwischen einer winzigen Schicht von reichen Schmarotzern und Millionen von Armen, die im Elend leben, von Tag zu Tag mehr vergrößert. Dazu kommt die unbarmherzige Ausplünderung der Reichtümer Spaniens und der spanischen Arbeiter durch die amerikanischen und anderen Imperialisten. Solange die Herrschaft dieser Blutsauger, die sich auf das monarchofaschistische Regime stützen, nicht zerschlagen ist, können auch die Ursachen der Krise nicht beseitigt werden. Alle Maßnahmen, die die Regierung jetzt demagogisch als „Heilmittel zur Gesundung der Wirtschaft" und als angeblich im „Interesse aller" zu verkaufen versucht, sind denn auch in Wirklichkeit nur Pläne, um die Lasten der Krise noch mehr als bisher auf die Schultern der Werktätigen abzuwälzen und die Profite der in- und ausländischen Kapitalisten zu sichern.

Nehmen wir die Abwertung der Peseta — denn die anderen Maßnahmen werden noch geheimgehalten, damit die Empörung der Volksmassen nicht all zu hell auflodert.

Die Abwertung der Peseta nützt in erster Linie den amerikanischen und westeuropäischen Imperialisten, den Trusts und Konzernen, die an der Ausplünderung Spaniens beteiligt sind. Durch die Abwertung der Peseta wird der Export von Kapital, z. B., die Errichtung von Fabriken in Spanien für die kapitalistischen Monopole noch profitabler als bisher. Aber jeder Dollar und jede Mark, die General Motors oder Krupp in Spanien investieren, lastet schwer auf den spanischen Werktätigen, verstärkt die Abhängigkeit Spaniens vom Imperialismus und treibt die Wirtschaft des Landes in eine noch größere Katastrophe. Nehmen wir den Tourismus, der, wenn man „Bild" und anderen kapitalistischen Lügenblättern glauben wollte, den spanischen Werktätigen zugute kommt.

Gerade diese Blätter haben in Zusammenhang mit der Abwertung der Peseta und der Verlockung eines billigen Urlaubs vor den Werktätigen bei uns die Realität in Spanien zu vernebeln versucht. Tatsache ist jedoch, daß z. B. 2/3 aller Tourismus-Investitionen (Hotels usw.) von ausländischen Konzernen getätigt wurden. Der Grund und Boden wird zu Schleuderpreisen an ausländische Konzerne verkauft, so daß sich schon heute weite Küstenstrecken im Besitz von amerikanischen, westdeutschen und anderen ausländischen Touristikunternehmen befinden. Begleitet wird diese Konzentration von Kapital in den Touristikghettos, von der eine Handvoll ausländischer Konzerne und einheimischer Kapitalisten profitieren, von einer extremen Unterentwicklung in den Gebieten abseits der Touristenregionen. So waren z. B. noch 1972 2/3 der ländlichen Gebiete der Provinz Malaga ohne elektrisches Licht und fließendes Wasser.

Die spanischen Werktätigen sind allerdings immer weniger bereit, die Politik des nationalen Ausverkaufs, die brutale Ausbeutung und Ausplünderung, die faschistische Unterdrückung hinzunehmen. Sie haben sich zum Kampf erhoben und werden unter der Führung ihrer marxistisch-leninistischen Vorhutpartei, der KP Spaniens/ML, durch die Revolution die Herrschaft der Ausbeuter stürzen und die Macht in ihre eigenen Hände nehmen.

Aus aller Welt

SVR ALBANIEN

Am 28. und 29. Juni hat das 2. Plenum des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens unter dem Vorsitz des 1. Sekretärs des ZK der PAA, Genossen Enver Hoxha, getagt. Es diskutierte über den Bericht des Politbüros des ZK der PAA „Über die erwartete Erfüllung des Plans der ersten sechs Monate und die Maßnahmen, um den Jahresplan zu erfüllen". Nach einer breiten Diskussion über den Bericht wurde er vom Plenum einstimmig angenommen. Zum Abschluß hielt der 1. Sekretär des ZK der PAA, Genosse Enver Hoxha, eine wichtige Rede.

USA

In den USA sind rund 45.000 Arbeiter der Kupferindustrie in den Streik getreten. Sie fordern höhere Löhne. Die streikenden Arbeiter trotzen sowohl den kapitalistischen Ausbeutern als auch den Gewerkschaftsbonzen, die dazu aufgerufen haben, den Streik abzubrechen. Gleichzeitig haben in vielen amerikanischen Städten Demonstrationen der Studenten gegen die Rassendiskriminierung stattgefunden.

CHILE

Die chilenische antifaschistische Nachrichtenagentur ANCHA bringt neue Angaben über die Verfolgungen, denen die werktätige Bauernschaft durch das faschistische Diktaturregime Pinochets ausgesetzt ist. ANCHA berichtet, daß der überwiegende Großteil der Bauern, die durch die Bodenreform profitiert hatten, nun gewaltsam von ihrem Boden vertrieben wird. Die Masse der vertriebenen Bauern macht heute 35% der Arbeitslosen auf dem Land aus. So haben allein in der Gegend von Magdalena etwa 12.000 Großgrundbesitzer den Boden wieder an sich gerissen.

Angesichts dieser Lage verstärkt sich in den ländlichen Gegenden von Tag zu Tag der Widerstand und der Kampf der werktätigen Bauern. Die Zeitung „El Pueblo", Organ der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles, hat dazu vor einigen Tagen einen Artikel veröffentlicht. Darin heißt es, daß in den chilenischen landwirtschaftlichen Gebieten Kämpfe der Landarbeiter und der armen Bauern zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und für das Recht an Boden ausgebrochen sind. Durch Tatsachen zeigen sie, daß sie entschlossen sind, die volksfeindlichen Beschlüsse der faschistischen Behörden, wonach der von ihnen bearbeitete Boden den ehemaligen Großgrundbesitzern zurückgegeben werden soll, entschieden zu bekämpfen. Vor einiger Zeit schlossen sich in der Gegend Colchagua einige Hunderte Bauernfamilien angesichts der Drohung der Behörden, sie von ihrem Grund und Boden zu vertreiben, zusammen, um ihre Rechte im Kampf zu verteidigen. Sie gaben die Losung aus: „Wir sind entschlossen, zu verhindern, daß sie uns ausbeuten!"

In dem Artikel wird unterstrichen: „Bestimmt wird der Kampf für das Recht auf Grund und Boden und für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bauern langwierig und schwierig sein. Daher müssen sich die Bauern weiter organisieren und vereint mit allen Werktätigen von Stadt und Land gegen die Volksfeinde, vor allem gegen die faschistische Diktatur, kämpfen."

ARGENTINIEN

Wie uns die KP Argentiniens/ML mitteilt, beruht die auch von uns verbreitete Meldung über die Verhaftung der Genossen Cristina, Kritzansky und Altamirano auf einem Irrtum. „Die KPA/ML", heißt es in einer Presseerklärung der Partei, „dankt herzlich den Bruderparteien, den Solidaritätsorganisationen und den demokratischen Persönlichkeiten, die sich um das Schicksal dieser Genossen sorgten. Dies ist ein Beispiel des proletarischen Internationalismus und der demokratischen Solidarität."

JUGOSLAWIEN

Die Tito-Clique in Jugoslawien plündert die Werktätigen des autonomen Gebietes Kossovo aus. „ Zur Deckung der Verluste der Wirtschaft" sollen dort jetzt die Werktätigen der Handwerksvereinigungen und der staatlichen Betriebe einen Monatslohn abführen. Die Summe, die den Werktätigen auf diese Weise von der Tito-Clique geraubt wird, beträgt 300 Millionen Dollar.

EKUADOR

Seit über einem Monat befinden sich die 725 Volksschullehrer der Provinz Napo/Oriente im Streik. Sie fordern von der Militärregierung höhere Löhne und mehr Mittel, um den Unterricht besser gestalten zu können. In der schwer zugänglichen Urwaldsprovinz Napo beuten ausländische Erdölkonzerne die reichen Erdölvorkommen aus. Allein von August 1972 bis Dezember 1975 hatte der ekuadorische Staat dadurch Einnahmen von rund 24 Milliarden DM. Fast nichts von dieser Summe ist den Einwohnern der Provinz, die zu 90% aus Indianern bestehen, zugute gekommen. Um den Streik der Lehrer zu unterdrücken, hat die Militärregierung die Armee eingesetzt. Obwohl es bereits Verletzte gegeben hat, dauert der Streik weiter an.

PERU

In Peru ist es zu schweren Kämpfen zwischen Tausenden von Studenten und der Armee gekommen. In mehreren Städten protestierten die Studenten gegen die steigenden Preise bei Lebensmitteln, Benzin und im öffentlichen Nahverkehr. Die Demonstranten wurden brutal von der Armee überfallen, die auch das Feuer eröffnete. Dabei kamen zehn Studenten ums Leben. Die Preiserhöhungen in Peru waren von dem imperialistischen „Internationalen Währungsfond" verlangt worden. Sie waren eine der Bedingungen für einen neuen Kredit für das Regime des Präsidenten Morales Bermudez.

BRASILIEN

Die Militärjunta Brasiliens hat Gewalt und Terror zu den wichtigsten Mitteln gemacht, um ihre antinationale Unterdrückerpolitik zu betreiben. Ein militärisches Sondergericht verurteilte dieser Tage eine Gruppe antifaschistischer Kämpfer zu fünf Jahren Gefängnis. Zu der Gruppe gehören auch mehrere Führer der KP Brasiliens. Während der Gerichtsfarce verteidigten die revolutionären Kämpfer entschieden die hohen Ideale der Revolution. Sie brachten die faschistische Diktatur selbst auf die Anklagebank, diese Feinde des Freiheitsstrebens des brasilianischen Volkes, und brandmarkten ihren antinationalen und verbrecherischen Charakter.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 mm	KW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Seveso-ein Jahr danach

Vor einem Jahr hat der Hoffmann-La-Roche-Konzern das norditalienische Städtchen Seveso durch das gefährliche Gift TCDD verseucht. Die TCDD-Wolke, die damals über Seveso niederging, werde die Folgen eines Atombombenabwurfs haben, warnte damals ein Experte. Heute, ein Jahr danach, leidet die Bevölkerung nicht nur immer noch unter den Folgen des Giftes. Heute hat sich längst herausgestellt, daß sich das Gift weiter ausbreitet und bereits die Dörfer und Städte der näheren Umgebung verseucht hat.

TCDD, erstmals von den amerikanischen Imperialisten in Vietnam als Mittel des Völkermords eingesetzt, ist eines der gefährlichsten Gifte, die bis jetzt bekannt sind. Es ruft Gesundheits- und Erbschäden hervor, deren Ausmaße noch gar nicht überblickt werden können. Die Gefährlichkeit des Giftes war lange vor dem Unfall bekannt. Trotzdem trafen die Hoffmann-La-Roche-Kapitalisten keinerlei ausreichende Vorkehrungen gegen einen Unfall. Sie hielten den Unfall im Gegenteil zunächst geheim. Erst einen Tag nach der Explosion informierte die Betriebsleitung das Bürgermeisteramt von Seveso darüber, daß bei der Katastrophe hochgiftiges TCDD freigesetzt worden war. Die Kapitalisten ließen sogar zunächst die Produktion weiterlaufen, bis die Arbeiter durch einen Streik die Stillegung des Betriebes erzwangen.

Genauo verantwortungslos handelten die italienischen Behörden. Erst nach und nach erklärten sie Teile der Stadt und dann ganz Seveso zur Sperrzone und evakuierten die Einwohner. Das war zwei Wochen nach dem Unglück, als auch die Menschen schon längst verseucht waren. Und auch die Entgiftungsarbeiten wurden verschleppt, erstickten im Bürokratismus und wurden, ebenso wie die Verteilung der wenigen von der Regierung bereitgestellten Hilfsgelder, zum Objekt der Streitereien korrupter Politiker und raffgieriger Kapitalisten.

Die Folgen dieser Politik haben die Werktätigen zu tragen. Sie wurden das Opfer der Profitgier eines kapitalistischen Konzerns und der Praktiken des italienischen Staates. Über ein Drittel der Bevölkerung von Seveso ist krank, in größerem oder geringerem Ausmaß vergiftet. Über



Die Kinder von Seveso sind von der Chlorakne für ihr Leben gezeichnet.

500 Kinder aus Seveso und den umliegenden Gemeinden mußten bisher mit Chlorakne in die Krankenhäuser eingeliefert werden. Für die Evakuierten gibt es keine neuen Häuser. Und das Gift breitet sich weiter aus.

In Seveso wächst die Empörung. Die Einwohner organisieren sich und haben den Kampf aufgenommen. Sie fordern die Bestrafung der Schuldigen und endlich energische Maßnahmen, um die Ausbreitung des Giftes zu stoppen und den angerichteten Schaden wiedergutzumachen.

Biblis: Block B stillgelegt

Wir haben im „Roten Morgen" Nr. 27 über das skandalöse Anhörungsverfahren für den Block C des Atomkraftwerks Biblis berichtet. Während dort vom Kapital bezahlte Gutachter aussagten, der Ausbau des Atomkraftwerkes sei völlig ungefährlich, lag der schon längst fertiggestellte und in Betrieb genommene Block B still.

Seit dem 22. Juni arbeitet der Block B wegen eines Generatorenschadens, wie die offizielle Auskunft lautet, nicht mehr. Die Bevölkerung allerdings wurde weder über den Schaden informiert, noch darüber, daß Block B stillgelegt werden mußte. Offenbar wurde der Schaden in Biblis deshalb geheimgehalten, um das Anhörungsverfahren nicht noch mehr zu gefährden.

Um die Empörung der Werktätigen über das volksfeindliche Energieprogramm der Bundesregierung und die Rücksichtslosigkeit der Atomkonzerne nicht noch zu vergrößern, sind bisher alle Unfälle, die in Atomkraftwerken passiert sind, entweder geheimgehalten oder von den Behörden heruntergespielt worden. Heilig ist dem bürgerlichen Staat allein die Sicherung der Profite der Atomkonzerne.

Kein Block C in Biblis! Stillegung von Block A und B! Weg mit dem Atomenergieprogramm der Bundesregierung!

Fluorwolke über Lünen

Kein Schutz für die Bevölkerung

Am Freitag, dem 8. Juli, 5.30 Uhr morgens, liefen aus einem Kesselwagen der Vereinigten Aluminiumwerke (VAW) in Lünen zehn Tonnen der Fluorverbindung Flußsäure aus. Es entstand eine giftige Fluorwolke, die sich über den Stadtteil Brambauer senkte. Trotzdem hielten es weder die Lüner Behörden noch die Direktion der VAW für nötig, Katastrophenalarm zu geben, die Bevölkerung zu warnen und Schutzmaßnahmen zu treffen.

„Ernste gesundheitliche Schäden sind nicht zu erwarten", lautete die zynische Erklärung der Verantwortlichen. Erst zehn Stunden nach dem Ausströmen des Giftes wurde die Bevölkerung informiert.

Fluor in höherer Konzentration ist giftig. Es ruft zunächst Kopfschmerzen, Brechreiz, Hautjucken und Durchfall hervor. Man wird matt und hat keinen Appetit. Schlimmer noch sind die Spätfolgen einer Fluorvergiftung. Das Zentralnervensystem kann ebenso geschädigt werden wie die Nieren. Auch Verätzung der Schleimhäute, der Haut und des darunterliegenden Gewebes können nur schwer geheilt werden.

Die Konzentration des Fluors in der Lünener Giftwolke war so hoch, daß sich Pflanzen gelb verfärbten und verbrannten, Glasscheiben blind wurden und sich Hausfrauen beim Staubwischen die Hände verätzten. Die Mutter einer Genossin, die in Brambauer wohnt, berichtete uns: „Als ich am Freitag morgen zum Einkaufen ging, merkte ich, daß mit der Lüft etwas nicht in Ordnung war. Mir wurde schlecht und schwindelig und als ich nach Hause kam, mußte ich mich erst ausruhen. Ich litt den ganzen Tag unter Übelkeit und unter Appetitlosigkeit.

Obwohl behauptet wird, daß die Bevölkerung am Freitag nachmittag durch einen Lautsprecherwagen gewarnt worden sei, haben wir nichts davon gehört, obwohl wir in einer der Hauptverkehrsstraßen von Brambauer wohnen. Von der Gaswolke haben wir erst am nächsten Morgen erfahren, als unsere Tochter zu uns kam, um zu sehen, ob es uns gut geht. Sie hatte aus dem Radio von der Gaswolke erfahren. Das ist eine unerhörte Frechheit, daß die Bevölkerung so schlecht informiert worden ist.

Wir hätten, gleich nachdem das Gas entwichen ist, informiert werden müssen, damit wir uns hätten schützen können. Nicht nur wir haben am Freitag abend nichts gehört, auch alle anderen Leute aus unserem Haus haben von der Warnung, die ohnehin viel zu spät erfolgte, nichts gehört. Ein besonders krasser Fall ist bei einer Familie passiert, die auf der anderen Straßenseite wohnt. Die Familie hat viele kleine Kinder und die Frau hat, weil sie nicht Bescheid wußte, am Sonntag Salat aus ihrem Garten geholt und der Familie zu essen gegeben. Daraufhin bekamen alle Kinder Erbrechen und Durchfall.

Das zeigt, daß die Verantwortlichen alles vertuschen wollten und es ihnen völlig gleichgültig ist, ob die Bevölkerung gesundheitliche Schäden davonträgt oder nicht. Dieser Meinung sind alle Leute, mit denen ich bisher gesprochen habe."

Die Menschen in Brambauer sind über das Verhalten der Behörden und ihre unverschämten Rechtfertigungsversuche empört. Was soll man auch dazu sagen, wenn Stadträte erklären, sie hätten keinen Alarm ausgelöst, weil sie eine Panik befürchteten, wenn dieselben allen am Giftskandal Beteiligten ein Lob für ihr „umsichtiges Verhalten" aussprechen? Sie werden sich die Frage stellen, was das eigentlich für ein Staat ist, in dem solche Dinge möglich sind, in dem das Leben und die Gesundheit der Werktätigen offenbar weniger wiegen als die Interessen eines Aluminiumkonzerns, dem die Ausgaben für Sicherheitsmaßnahmen, um Unfälle zu vermeiden und für Schutzmaßnahmen in Katastrophenfällen, offensichtlich schon zu hoch sind.

Die Oberweser - ein toter Fluss

Zu Recht wird die Landschaft an der Oberweser als eines der schönsten Urlaubsgebiete Deutschlands bezeichnet. In den vergangenen Jahren ist den Urlaubern allerdings das Wandern auf den Wegen entlang des Flusses oder eine Bootsfahrt auf der Weser immer mehr vergällt worden. Die Weser hat sich hier in einen toten Fluß, eine Kloake verwandelt.

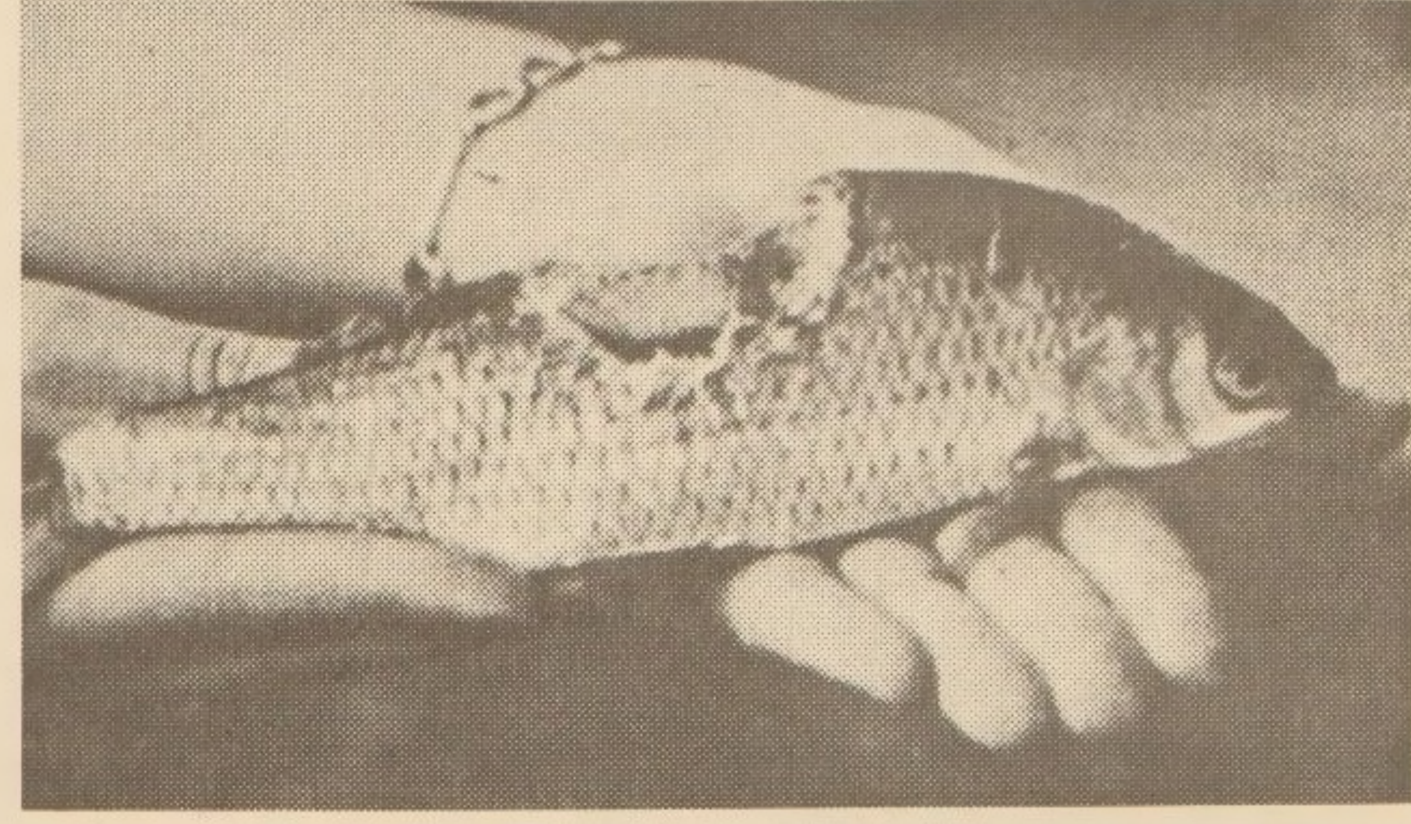
Die „Frankfurter Rundschau" berichtet: „Weserfische haben Wissenschaftler das Grauen gelehrt: Plötzen, Döbel und Brassen, die sie an 75 Stromkilometern zwischen Bodenwerder und Karlshafen fingen, waren von Geschwüren bis aufs Skelett zerfressen, die Eingeweide lagen frei."

Verantwortlich für die Verseuchung der Oberweser sind die revisionistischen Machthaber in der DDR. Ohne Rücksicht auf die Schäden leiten sie täglich Tausende von Tonnen Kalisalze in die Werra, von wo aus sie in die Weser gelangen. Die Honecker-Clique, die in ihren Propagandaschriften viel Aufhebens von den angeblichen Errungenschaften macht, die in der DDR auf dem Gebiet des Umweltschutzes verwirklicht sein sollen, ist in Wirklichkeit ein Umweltverseucher großen Stils.

1953 verpflichtete sich die Regierung der damals noch sozialistischen DDR, nicht mehr als 2.500 Milligramm Kalilauge pro Liter Abwasser in die Werra zu leiten. Solange die DDR sozialistisch war, wurde dieser Vertrag auch eingehalten. Als die neue Bourgeoisie in der DDR die Diktatur des Proletariats stürzte und den Kapitalismus wiederherstellte, als sie darangingen, die Produktion nicht mehr an der Befriedigung der Bedürfnisse der Werktätigen, sondern am Streben nach dem Profit auszurichten, kümmerten sich die Ulbricht, Honecker auch nicht mehr länger darum, welche Schäden die Kalisalze in der Weser anrichten.

Zug um Zug steigerten sie die Produktion, ohne sich um die Beseitigung der giftigen Lauge zu kümmern. Sie leiteten sie einfach in die Werra. Inzwischen ist der Anteil der Kalilauge auf über 30.000 Milligramm pro Liter gestiegen. Am 24. August 1976 wurden vor Würgassen von der Weser sogar 24.000 Tonnen Salz transportiert.

Die Wirklichkeit entlarvt die Propagandaparolen der Revisionisten, in denen sie sich als Kommunisten, die das Wohl der Werktätigen im Auge haben, als Lügen. Sie sind kapitalistische Ausbeuter, die sich einen Dreck um die Bedürfnisse der Werktätigen kümmern.



Ein von Kalisalzen geschädigter Fisch

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der SVR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/ 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 9-12 und 14-18 Uhr, Sa. 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2000 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040 / 4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3000 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 6800 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10.30-13.00 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7000 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8000 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

5100 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

4800 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521 / 17 74 04. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30 Sa 9-12 Uhr.

4630 Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13, Mi 17-19 Uhr.

2800 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4100 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi und Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr. Tel.: 0203 / 6 47 96.

4300 Essen-Altendorf, Buchladen „Roter Morgen", Helenenstr. 35. Öffnungszeiten: Mi. u. Do. 16-18 Uhr.

6000 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 437595. Öffnungszeiten: Di-Fr 16.00-18.30, Sa 10-14 Uhr.

2300 Kiel 1, Buchhandlung „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02. Öffnungszeiten: Mo, Mi, Do 9-13 und 15-18, Di und Fr 9-13 und 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5000 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

2400 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.